

## mit 12 seiten antianti- feminismus

### Kenne deinen Feind

Weltweit kämpfen Feminist\_innen für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Es ist nicht nur ein Streiten für und Ringen um Verbesserungen, sondern oft die Abwehr von Verschlechterung und Restriktion. Deshalb schauen wir zum feministischen Kampftag dorthin: Mit welchen Strategien versuchen Antifeminist\_innen, queerfeministische Ziele zu sabotieren?

Oft ist Antifeminismus subtil. Wie wir ihn entlarven können, wird auch klar, wenn wir uns mit ihm auseinandersetzen: Welche Formen nimmt er an? Wer sind die Akteur\_innen? Und wie können wir ihm begegnen? Diese Fragen stellen wir uns in diesem Dossier zum 8. März.

Expertin Sandra Ho erklärt, warum Antifeminismus eine Gefahr für die Demokratie ist und wie er rechtsextremen Positionen ein Scharnier in die „Mitte der Gesellschaft“ bietet. Historikerin Ute Planert zeigt im Interview mit der stellvertretenden Chefredakteurin Katrin Gottschalk auf, dass er kein aktuelles Phänomen ist, sondern schon im Kaiserreich eine – letztlich erfolglose – Reaktion auf die erste Frauenbewegung war.

Susan Faludi stellte schon vor 30 Jahren fest, dass die von ihr genannten „Backlashes“ gegen emanzipatorische Errungenschaften ein System haben. Redakteurin Waltraud Schwab hat den Bestseller von damals noch einmal gelesen und entdeckt aktuelle Beispiele, die sich mit Faludis Werkzeugkasten analysieren lassen.

Wir schauen außerdem in die Türkei, die aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt ausgetreten ist, zeigen, was Antifeminismus mit Kolonialismus zu tun hat oder wie er dazu führt, dass trans Personen im Sport ausgeschlossen werden.

Mit Blick auf Afghanistan fragen wir uns: Was macht es mit einem Land, wenn die Frauen fehlen? „Viele Frauen, deren Familien es erlaubt haben, sind auf die Straße gegangen. Ich war bei jedem Protest dabei“, erzählt die Kabulerin Soma Safi der Redakteurin Ann Esswein. Safi wie auch andere Afghaninnen beweisen unglaublichen Mut und sind Vorbilder, die gegen Antifeminismus aufbegehren – ebenso wie die Menschen im Iran.

Die Revolte im Iran ist natürlich auch Teil unserer Ausgabe: Ein Vorabdruck aus Gilda Sahebi Buch „Unser Schwert ist Liebe“ zum Thema beschäftigt sich mit der sogenannten Kopftuchdebatte: Im Iran gehe es nicht um das Kopftuch, schreibt Sahebi, sondern um die systematische Unterdrückung von Frauen. Weil das Thema so komplex scheint, halten sich auch viele europäische Linke mit ihrer Solidarität zurück. Doch wer, wenn nicht die Menschen im Iran, zeigt, welche Kraft sich entfaltet, wenn gegen verstaatlichten Antifeminismus aufgebeht wird?

Redaktion: Gemma Terés Arilla, Linda Gerner, Nicole Opitz und Dinah Riese  
Foto: Nadine Torneri. Layout: Sonja Trabant

# Den Hass vom Platz fegen



Das Rugbyteam der Berlin Bruisers spielt in der Regionalliga. Die Mannschaft ist offen für trans Personen – als einziges Frauenteam bundesweit Foto: Doro Zinn

Jetzt bloß nicht spalten lassen – es gilt zusammenzustehen: gegen rechts, gegen Antidemokrat\*innen und religiöse Fundamentalist\*innen. Feminismus ist Teamarbeit

2–12

### Solidarität

Jeden Tag aufs Neue: Feminist\*innen den Rücken frei halten

3

### Freiheit

Gilda Sahebi über die Proteste im Iran – und wie sie vereinnahmt werden

7

### Attacke

Antifeminismus organisierte sich früh, sagt Historikerin Planert

9

Die taz wird ermöglicht durch  
**22.519**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de  
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de  
taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de taz

Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin  
Nr. 13077  
€ 3,20 Ausland  
€ 2,60 Deutschland



4 190254 802607  
20610

## VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Es geht um Befindlichkeiten, es geht ums Gefühl, um Vertrauen und Ehrlichkeit: Wie würden sich Christian (Lindner) und Robert (Habeck) anschauen, wenn Olaf (Scholz) endlich die Pforten zum Meseberger Schlossgarten öffnete und die kleine Selbsthilfegruppe wieder sich selbst überließe? Nun, wir sind erleichtert:

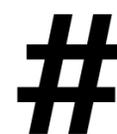
Die Ampel schaltet auf Grün.

## Long Covid

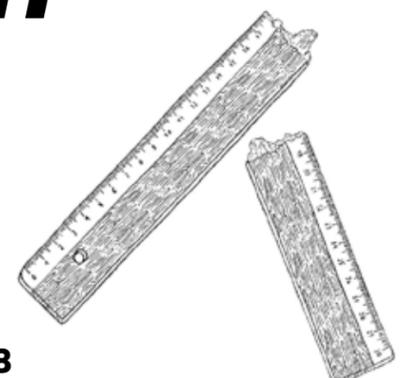
Die Studienlage zu Corona-Spätfolgen ist dünn. Warum ist das so? 14

## Vergessenes Leid

An der polnisch-belarussischen Grenze sterben seit zwei Jahren Menschen 19



#Bildung  
#Hauptschulabschluss  
von Paula Troxler



18

## Licht ins Dunkelfeld

Seit Februar gibt es in Deutschland eine Meldestelle, die Vorfälle von Antifeminismus aufnimmt. Vor allem geht es um Fälle unter dem strafrechtlichen Radar

Antifeminismus ist alltäglich – aber noch viel zu oft ungesehen. Nicht nur feministische Aktivist\_innen, auch das Bundeskriminalamt geht von einer hohen Dunkelziffer bei geschlechtsspezifischer Gewalt aus. Das soll sich nun ändern: Seit Februar gibt es eine Meldestelle, die Betroffene dabei unterstützt, bereits bestehende Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.

Schon seit 2022 gibt es das Verbundprojekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“, das über Antifeminismus informiert und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Seit Februar operiert innerhalb dieses Projekts nun die neue Meldestelle – und soll Licht ins Dunkelfeld bringen. Dazu nimmt die Meldestelle vor allem Vorfälle auf, die unter dem sogenannten strafrechtlichen Radar laufen.

Beispiele dafür sind etwa Gehsteigbelästigungen, die Abtreibungsgegner\_innen vor Schwangerschaftskonfliktberatungen durchführen – und dafür bislang nicht strafrechtlich belangt werden. Auch queerfeindliche Narrative, die zum vermeintlichen „Kinderschutz“ herangezogen werden, gehören dazu.

Wer einen Vorfall melden möchte, kann unter [antifeminismus-melden.de](https://antifeminismus-melden.de) angeben, wann und wo der Vorfall stattgefunden hat. Expert\_innen der Meldestelle prüfen die Meldungen – denn nicht jeder sexistische Übergriff ist auch antifeministisch. Viel-

**Dass das Projekt nötig ist, zeigen schon die Reaktionen konservativer Medien**

mehr lasse Antifeminismus „organisiertes Vorgehen“ beziehungsweise eine „dahinterliegende politische Strategie“ erkennen, heißt es auf der Webseite.

Wer einen antifeministischen Vorfall nur beobachtet hat, ist dazu angehalten, den Vorfall ohne Namen zu melden. Falls Betroffene selbst Antifeminismus melden, können sie auf Wunsch an passende Unterstützungsangebote weiterverwiesen werden. Wer antifeministische Hasskommentare abbekom-

men hat, kann sich an Civic wenden, wer neben Antifeminismus auch Rassismus erlebt hat, findet Unterstützung bei DaMigra, dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen. Momentan gehen dem Projekt zufolge täglich Meldungen ein. In einem jährlichen Lagebericht sollen diese Meldungen anonymisiert veröffentlicht werden. Auch soll es eine Chronik auf der Homepage geben.

Schon länger gibt es in einzelnen Bundesländern eigene Monitorings, die auch Antifeminismus erfassen, etwa mobirex in Baden-Württemberg oder das Berliner Register. Die neue Meldestelle ist das erste Projekt auf Bundesebene. Geleitet wird es von der Amadeu Antonio Stiftung, dem Gunda Werner Institut und dem Dissens-Institut für Bildung und Forschung. Das Bundesfamilienministerium fördert das Verbundprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Dass das Projekt nötig ist, zeigen schon die Reaktionen: In Berichten vor allem konservativer Medien ist wahlweise von „staatlich finanziertem Pranger“, „Anschwärz-Portal“ oder „Denunziation“ die Rede. Dabei liegt die Gefahr für die Demokratie bei den Antifeminist\_innen selbst. *Nicole Opitz*

## Auch digitale Gewalt ist echte Gewalt

Rechte und frauenfeindliche Gruppen attackieren Menschen im Netz. HateAid hilft, sich zu wehren

Sich austauschen zu einem gemeinsamen Hobby, politisch Gleichgesinnte finden, Netzwerke knüpfen, obwohl man räumlich weit voneinander entfernt ist. Das Internet ist ein Raum der tausend Möglichkeiten – eigentlich. Denn allzu oft werden Menschen aus diesem an sich so großen Raum herausgedrängt: Ihnen begegnen Hass und Drohungen, und das nicht nur von Einzelpersonen, sondern oft in Form organisierter Onlinemobs.

Digitale und analoge Gewalt seien eng verknüpft, erklärt die Organisation HateAid. Doch es gibt auch Unterschiede: Digitale Gewalt könne rund um die Uhr geschehen, vor einem riesigen Publikum und mit anonymen Täter\_innen. Oft zeichne sie sich durch gezielt geplante Angriffe aus.

Dieser digitalen Gewalt entgegenzutreten und Betroffene zu unterstützen ist das Ziel von HateAid. „Wir stehen an deiner Seite“, heißt es ganz oben auf der Webseite. „Denn Menschenrecht gilt auch digital.“ HateAid bietet Betroffenen Beratung und rechtliche Unterstützung. „Wir wollen, dass Gerechtigkeit nicht vom Geldbeutel abhängt“, erklärt das Projekt seine Pro-



Der vergangene CSD in Berlin hatte das Motto „United in Love! Gegen Hass, Krieg und Diskriminierung“ Foto: AdoraPress/C. Spicker

## Berlin registriert's

Das Berliner Register erfasst in allen Stadtteilen Alltagsfeindlichkeit und Angriffe. Seit 2021 gibt es zusätzlich zu Meldungen von LGBTIQ\*-feindlichen Vorfällen auch die Kategorie Antifeminismus

Sonnenschein, klare Luft, ein Spaziergang durch den Treptower Park. Dann wird die Idylle gestört: Am Laternenpfahl prangt ein Aufkleber mit der Aufschrift „Homo-Propaganda stoppen“. Der Sticker ist vom Layout so peinlich wie generell die Aussagen der rechtsextremen Neonazipartei III. Weg. Wütend macht er trotzdem. Wut ist gut, um den Sticker schwungvoll abzureißen. Durch das Berliner Register kann man zusätzlich noch andere Menschen für derartige Propaganda sensibilisieren. Auf [www.berliner-register.de](https://www.berliner-register.de) kann die Alltagsfeindlichkeit online schnell dokumentiert werden.

In die Chronik werden Vorfälle aufgenommen, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ\*-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, sozialchauvinistisch, ableistisch oder antifeministisch sind. Die Hinweise kommen von Berliner Bürger\_innen, Mitarbeitenden des Registers oder auch durch Pressemeldungen der Polizei. Die Gewaltstatistiken der Berliner Polizei darf das Berliner Register aus Datenschutzgründen nicht mehr einarbeiten.

Die gemeldeten Vorfälle werden in einer Chronik veröffentlicht und einmal im Jahr ausgewertet. Für jeden Berliner Bezirk gibt es außerdem eine eigene Chronik, sodass sichtbar wird, an welchen Orten der Stadt es häufiger zu Diskriminierungen, etwa

durch die ansässige rechte Szene, kommt. Als Gegenaktion können gezielt Kiezspaziergänge dort organisiert werden, wo es besonders viele diskriminierende Sticker zu entfernen gibt. Eine Verifizierung der Vorfälle findet durch Fotos oder persönliche Nachfragen statt.

**„Wir haben die politische Relevanz erkannt, die hinter der antifeministischen Ideologie steckt, und wollen diese abbilden“**

Kati Becker, Projektleiterin

Berlin ist mit dem vom Senat geförderten Melderegister schon einen ganzen Schritt weiter als viele andere Städte. Eingerichtet wurde das erste Register 2005 in Berlin-Pankow. Seit 2016 gibt es Register in allen Berliner Bezirken. Diese verweisen die Betroffenen oder die Meldenden, wenn gewünscht, auch an über 100 weitere Anlauf- und Beratungsstellen.

2021 nahm das Berliner Register „Antifeminismus“ als einzelne Kategorie auf: „Wir haben die politische Relevanz erkannt, die

hinter der antifeministischen Ideologie steckt, und wollen diese abbilden“, sagt Projektleiterin Kati Becker. Für 2021 wurden 26 antifeministische Fälle gemeldet, 2022 bewegt sich die Zahl in einem ähnlichen Rahmen.

Allerdings werden auch Angriffe auf LGBTIQ\*-Personen einzeln erfasst, die häufig zudem antifeministisch sind, so Becker. 2021 wurden 198 dokumentiert. Das Gleiche gilt für rassistische, ableistische oder antisemitische Vorfälle. Eine Meldung, ein Eintrag. Doppelt gezählt wird beim Berliner Register nichts. Zu den antifeministischen Meldungen aus dem Jahr 2022 zählten etwa der „Marsch für das Leben“ oder antifeministische Graffiti an einem Kiezladen. Sensibilität für Anfeindungen zu schaffen ist eines der Ziele des Berliner Registers. Deshalb bietet die Seite auch ein ausführliches Glossar mit Begriffserklärungen und (Zahlen-)Codes von rechten Gruppen.

Unter „Antifeminismus“ weist das Glossar auf die sich häufenden antifeministischen Kampagnen hin, etwa in den sozialen Netzwerken gegen Politikerinnen wie Renate Künast, Sawsan Chebli oder Annalena Baerbock. Auch die Drohbriefe „NSU 2.0“, die vorrangig an in der Öffentlichkeit stehende Frauen gingen, zeigten laut Becker, wie wichtig es sei, antifeministische Angriffe besser zu dokumentieren. *Linda Gerner*

## Vernetzen, melden, wehrhaft sein

Was tun bei Antifeminismus? Dabei gibt es sicher keinen Königinnenweg, aber wer Hilfe sucht, findet sie

zesskostenfinanzierung. Außerdem gibt es einen Ratgeber zu digitaler Gewalt mit Strategien für (potenziell) Betroffene.

HateAid will Politik und Gesellschaft für Gewalt im Netz sensibilisieren. Betroffene müssten besser geschützt, Strafrecht und Strafverfolgung an die Realität des Internets angepasst werden. „Wir treten an, um die digitale Welt für alle zu einem positiven Ort zu machen“, erklärt HateAid: „Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und vielem mehr.“ Zwar kann digitale Gewalt alle treffen, aber das Internet ist nicht für alle Menschen gleichermaßen (un)sicher.

Frauen erleben sehr viel häufiger digitale Gewalt als Männer – vor allem, wenn sie sich zu politischen Themen positionieren. Ebenso im Fokus stehen Queers, Personen of Color, muslimische oder jüdische Menschen – jene Gruppen, die ohnehin Diskriminierung erfahren. Ganz besonders trifft es jene, die zu mehreren dieser Gruppen zählen oder von anderen gezählt werden.

Deutlich wird das am Beispiel der Journalistin Sibel Schick. Seit Jahren wird sie als linke Frau of Color massiv im Netz angegriffen und bedroht. 2021 ging sie mithilfe von HateAid vor Gericht: Auf Facebook hatte ein Mann sie als „Volksschädling“ bezeichnet. Er musste 5.400 Euro Geldstrafe zahlen. Ein Sieg zwar, aber ein „Tropfen auf den heißen Stein“, wie Schick schrieb. Gewalt im Netz werde zu selten bestraft.

„Mit HateAid hatte ich realisiert, dass üble Nachrede nichts ist, was ich mir einfach so gefallen lassen muss – auch nicht als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin“, schreibt auch die Potsdamer Stadtverordnete Anna Lüdcke (CDU) auf der Webseite des Projekts. „Das Stellen der Strafanzeige hat mich irgendwie wieder stärker und wehrhafter gemacht.“ *Dinah Riese*



Vor dem US-Supreme-Court: Menschen protestieren im Sommer 2022 für den Schutz des Abtreibungsrechts  
Foto: Jemal Countess/UPI/laif

# Ein Kampf für die Demokratie

Das gezielte Sabotieren feministischer Ziele ist ein Angriff auf die plurale Gesellschaft. Antifeminismus ist ein Scharnier, das Rechte, dogmatische Religiöse und Ultrakonservative verbindet. Umso wichtiger ist es, gemeinsam gegenzuhalten

Von **Sandra Ho**

**K**ommt Ihnen diese Situation bekannt vor: Die beste Freundin postet etwas über tolle Periodenunterwäsche in den sozialen Medien. Daraufhin schreibt „TradWife8“ sexistische Kommentare und betont, dass „richtige“ Frauen über „sowas“ lieber schweigen sollten. „Adleralbert“ heizt dabei gut mit an.

Oder das: Die neue „DragRace“-Staffel ist raus und ein paar Freund\*innen treffen sich zum Public Viewing in einer Bar. Eine kleine Gruppe Menschen beklebt die Fenster von außen mit Stickers: „Stoppt den Gaga!“ Sie behaupten, queere Sichtbarkeit in den Medien sei eine Gefahr für Kinder.

rende wollen Ihre Hausarbeiten nicht annehmen, weil sie in geschlechtergerechter Sprache geschrieben sind.

All das ist ätzend und verletzend. All das ist sexistisch, frauenfeindlich oder queerfeindlich. All das ist antimanzipatorisch, abwertend und wendet sich gegen den Alltag von vielen Menschen. All das ist: antifeministisch.

Nun mögen sich einige fragen, ob man dafür nicht lieber etablierte Begriffe wie Sexismus oder Trans- und Homophobie nutzen sollte. Ja, auch, denn sie sind Teil von Antifeminismus. Insbesondere Sexismus bietet die Grundlage für Antifeminismus. Sexismus beschreibt die Diskriminierung aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts. Egal ob individuell, institutionell oder strukturell – Sexismus ist in einer patriarchalen Welt irgendwie überall.

Doch nicht alles Sexistische ist antifeministisch. Die genannten Alltagsbeispiele zeigen: Hinter antifeministischen Angriffen stecken fast immer organisierte Akteur\*innen, die eine politische und ideologisch motivierte Botschaft senden. Auch wenn „TradWife8“ wirkt wie eine wütende Einzelperson: Die Unterstützung von anderen, ähnlich tickenden User\*innen ist kein Zufall. Cyber- oder Trollmobs können sich hervorragend organisieren und dabei anonym bleiben.

Was hat „TradWife8“ noch mit den Sticker-Menschen oder Gegner\*innen des Genders gemein? Vermutlich reiben sie sich gern an einem oder mehreren der folgenden Themen: an Geschlechtergerechtigkeit, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, körperlicher und geschlechtlicher Selbstbestimmung oder selbstbestimmten Lebens- und Lebensformen. Das in einer Manier, die meist bewusst strategisch und pauschalisierend ist. Zielscheibe sind oft Menschen oder Organisationen, die sich für die genannten Themen starkmachen.

Diese schwierige, da sehr feine Unterscheidung zwischen Sexismus und Antifeminismus

ist notwendig, um bestimmte Phänomene präziser erkennen und analysieren zu können. Antifeminismus kann in zugespitzter Form den Weg für Gewalttaten und Hassverbrechen ebnet. Er hat ein beachtliches Radikalisierungspotenzial, online wie auch analog.

Das zeigt sich nicht zuletzt bei Attentaten der letzten Jahre. So versuchte im Jahr 2019 ein 27-jähriger Neonazi, in Halle an der Saale am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur die Synagoge zu stürmen. Er scheiterte und tötete stattdessen die Passantin Jana Lange und den Gast eines naheliegenden Döner-Imbisses, Kevin Schwarze. Zahlreiche Menschen wurden bedroht und verletzt.

Der Attentäter streamte seine Tat live und auf Englisch im Internet. Er veröffentlichte ein Manifest – so wie schon andere Attentäter vor ihm, die ihn inspirierten. Mehrere von ihnen bezogen sich auf die Verschwörungserzählung des „großen Austauschs“, in der Juden\*Jüdinnen, Feminismus und Migration Schuld an der sinkenden (weißen) Geburtenrate im Globalen Norden haben.

Wie so oft verschränkte sich auch im Fall Halle Antifeminismus mit anderen demokratiefeindlichen Phänomenen: Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit – you name it. Doch wird ein antifeministisches Tatmotiv bisher viel zu selten erkannt und benannt.

Dabei ist diese Verschränkung kein Nebeneffekt, sondern zentral. Antifeministische Akteur\*innen imaginieren in der Regel eine Bedrohung von außen durch „andere“. Stabilität finden sie, indem sie an eigenen traditionellen Normen festhalten, während die Schuld für die eigene Verunsicherung projiziert wird: auf etwas, das von diesen Normen abweicht. Deshalb funktioniert Antifeminismus besonders gut in Krisenzeiten.

Antifeminismus ist vor allem charakteristisch für die Ideologie der extremen Rechten. Diese nutzt antifeministische Politikern als strategisches Vehikel:

Starre binäre Geschlechter- und Rollenvorstellungen wieder evogue machen, um damit gegen alte Feindbilder zu hetzen. Wenn die antifeministischen Ideen der Rechten gesellschaftsfähig werden, werden beispielsweise auch Trans- oder Homofeindlichkeit oder rassifizierte Geschlechter gesellschaftsfähiger.

Wer aber jeden Antifeminismus allein in die rechte Ecke schiebt, macht es sich zu einfach. Man kann sich Antifeminismus als antiliberaler und demokratiefeindliche Brücke vorstellen, als Scharnier oder Kleber, der zum Beispiel Rechte mit religiösen Fundamentalist\*innen zusammenbringt. Er verbindet extrem gut, auch transnational,

## Antifeminismus funktioniert besonders gut in Krisenzeiten

und schafft durch gemeinsame Feindbilder ein kollektives Gefühl. So können verschiedenste Akteur\*innen unterschiedlicher Ideologien einen gemeinsamen Nenner in ihren antifeministischen Einstellungen finden.

Wissenschaftler\*innen, die auf längst widerlegten Biologismen beharren, teilen mit rechten Politiker\*innen cis-heteronormative Geschlechtervorstellungen, die Geschlechterrealitäten außerhalb gewisser traditioneller Normen diskriminieren. Manche dogmatisch Religiöse beharren auf dem Gedanken, Frauen hätten gegenüber Männern bestimmte dienende Funktionen zu erfüllen, zum Beispiel Kinderkriegen – und dürften deswegen keinesfalls selbst über das Austragen oder Abbrechen einer Schwangerschaft entscheiden. Auch sogenannte Incels tauschen sich in Onlineforen gerne darüber aus, dass Frauen ihnen zustünden und Dienstleistungen zu erbringen hätten. Sie nennen es Sex.

Don't get it wrong. Bei Antifeminismus geht es nicht um banale Meinungsverschiedenheiten oder unterschiedliche

Weltanschauungen. Vielmehr geht es um Diskursverschiebungen hin zu Menschenfeindlichkeiten und gewaltvollen Aussagen, die letztlich bestimmte Menschengruppen abwerten. Diese Einsicht kann ziemlich ohnmächtig machen. Trotzdem ist es wichtig, dass jene, die sich für Antidiskriminierung, Menschenrechte und Demokratie einsetzen, auch bei Antifeminismus am Ball bleiben.

Wichtig ist eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema. Aber das allein reicht nicht. Es braucht Solidarität. Antifeministische Akteur\*innen wollen bewusst jene Stimmen mundtot machen, die sich kritisch, emanzipiert oder feministisch in der Öffentlichkeit äußern. Sie wollen sie zum Rückzug drängen. Besonders hart trifft der Silencing-Effekt jene, die ohnehin mehrfach marginalisiert werden – Frauen of Color zum Beispiel oder trans Personen. Im Fokus stehen insbesondere Einzelpersonen und kleinere Organisationen der offenen demokratischen Zivilgesellschaft.

Antifeminismus konstruiert eine breite Palette an Betroffe-

nengruppen zu Feindbildern. Doch darin liegt auch ein empowerndes Potenzial, und zwar für ebenso breite demokratische Bündnisse. Zusammen lässt sich eben einfacher Haltung zeigen.

Das kann übrigens auch geschehen, indem man emanzipatorische und (intersektional-)feministische Ideen einfach nur befürwortet. So bekommen die scheinbar vereinzelt Stimmen Rückenwind aus der breiten Masse – und der Nährboden für antifeministische Angriffe wird kleiner.

Man muss nicht selbst Aktivist\*in sein, um sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Denen, die sich aktiv einbringen, den Rücken freizuhalten: Auch das ist wichtige Arbeit gegen Antifeminismus.

**Sandra Ho** ist im Gunda-Werner-Institut Referentin im Verbundprojekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken“. Zuvor hat sie in unterschiedlichen Kontexten zu (Anti-)Feminismus, Antirassismus, Geschlecht, Intersektionalität und Medien gearbeitet.

Anzeige

**MÖSEN-MASSAGE**  
DAS HANDBUCH

SEXCLUSIVITÄTEN.DE

Vielleicht erkennen Sie auch diese Situation wieder: Sie starten einen offenen Brief an die Hochschulleitung mit dem Ziel, geschlechtergerechte Sprache einzuführen, damit alle Menschen sprachlich repräsentiert sind. Nach einer Woche hat sich eine mehrköpfige Gegeninitiative durch Angestellte organisiert, die Ihnen den Studi- alltag zur Hölle machen wird. Wütende E-Mails fluten Ihre Postfächer und manche Dozie-

Anzeige

**Wir an eurer Seite:**  
Im Betrieb, auf der Straße, im Parlament.

**Für mehr Zeit.**

**Mehr Geld.**

**Mehr Respekt.**

Am internationalen Frauentag – und jeden Tag!

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



## Erbfall Diskriminierung

Viele Staaten übernahmen nach der Unabhängigkeit die Kriminalisierung von Homosexualität aus dem britischen Rechtssystem. Doch die Zeiten ändern sich: Indien etwa diskutiert nun über die Ehe für alle

Von Natalie Mayroth, Mumbai



Menschen feiern auf der Delhi Queer Pride Parade im Januar Foto:Imago



Einst Prinzessin, später kurzzeitig Außenministerin Ugandas: Elizabeth Bagaya im Jahr 1974 Foto: getty

## „Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben“

Der Kolonialismus habe das Wissen über die Rolle afrikanischer Frauen ausradiert, sagt Wissenschaftlerin Florence Ebila. Mit ihren Studierenden will sie das ändern

Interview Simone Schindwein

**taz:** Frau Ebila, Uganda war ab 1894 britisches Protektorat. 1962 wurde es unabhängig. Welches antifeministische Erbe haben die Kolonialherren dem Land hinterlassen?

**Florence Ebila:** Die Kolonialherren haben es geschafft, die Frauen aus der Politik und damit auch aus den Geschichtsbüchern auszuradiieren. In ihrer Wahrnehmung hat es in Afrikas Politik anscheinend keine Frauen gegeben. Neben der Staatsebene hatten Frauen auch in kleineren Institutio-

nen wie der Familie oder einem ganzen Clan die Führung inne. Auch ihre Geschichten gingen verloren, weil sie nur mündlich überliefert wurden.

**Gibt es Wege, dieses verlorene Wissen wiederherzustellen?**

Wir erforschen in den Genderstudien, welche Rolle Frauen in der afrikanischen Geschichte gespielt haben. In den von den Europäern verfassten Büchern wurde wenig über Frauen in Afrika geschrieben. Deswegen forsche ich als Literaturwissenschaftlerin in den Autobiografien von Frauen. Zum Beispiel in der von Elizabeth Bagaya,

der Prinzessin des Toro-Königreichs in Westuganda: In der Zeit des britischen Protektorats spielte die Monarchie eine wichtige Rolle. Bagayas Eltern regierten Toro von 1928 bis zum Tod ihres Vaters im Jahr 1965, ihm folgte ihr Bruder. Die Königin war damals eine einflussreiche Person in Toro, doch von den Briten wurde sie fast nicht wahrgenommen. Prinzessin Elizabeth selbst war die wichtigste Beraterin ihres Bruders während seiner Regentschaft und galt als einflussreichste Frau Ugandas. Doch aus den Geschichtsbüchern ist ihre

Rolle während dieser Zeit fast völlig ausgelöscht.

**War das Ausblenden der Frauen nach Kolonialherrschaft beendet?**

Nein, im Gegenteil. Es wurde zunächst eher schlimmer. Vor der Kolonisierung brauchten Frauen keine Bildung, keine Englischkenntnisse, um sich einen Platz in der Gesellschaft zu sichern. In den Familien, den Clans und den Königstümern wurde jeweils in der eigenen Sprache kommuniziert. Doch nach dem Ende der Kolonialzeit mussten Frauen gut Englisch sprechen, um auf lokaler Ebene gewählt zu werden und politisch zu regieren. Weil aber Frauen nur selten zur Schule gingen, waren sie aus dem politischen Leben fast völlig ausgeschlossen.

**War dieser Ausschluss dauerhaft?**

Ugandas Historiker sagen, dass Frauen in der Politik erst wieder wahrgenommen wurden, als unsere derzeitige Regierung unter Präsident Yoweri Museveni 1986 an die Macht kam und laut Verfassung auch Frauenvertreterinnen ins Parlament gewählt werden sollten. Ich möchte argumentieren, dass es vor 1986 begann: In den 1970er Jahren organisierte Präsident Idi Amin eine Frauenkonferenz. Elizabeth Bagaya schreibt in ihrer Autobiografie, wie sie dort die Frauen Ugandas repräsentierte. Sie sehen: Auf diese Weise können wir die Beteiligung von Frauen auf der politischen Ebene nachvollziehen, obwohl wir nichts davon in den Geschichtsbüchern finden.

**Viele Frauen haben einen wichtigen Beitrag im Kampf zur Befreiung von der Kolonisierung geleistet, einige waren sogar Rebellenführerinnen. Ist das ein vergessenes Kapitel afrikanischer Geschichte?**

Nein, keineswegs. Das Gute ist, dass wir jetzt auch Wissenschaft fördern, die über die Betrachtung der schriftlichen Archive hinausgeht. Wir untersuchen gezielt die mündlichen Überlieferungen. Melinda Otunga etwa führte ihrer Autobiografie zufolge eine Rebellion in Westuganda an. Aber in Tansania, Ruanda und Uganda wird sie lediglich als spirituelle Führerin ohne politische Ziele erinnert. Eine meiner Studentinnen untersucht nun, welche Rolle diese Rebellion im Freiheitskampf gegen die Kolonialisten spielte. Sie hat dabei sehr

interessante mündliche Erzählungen und Lieder in Westuganda gefunden. Diese lassen darauf schließen, dass die Rebellion entscheidend war für den Befreiungskampf – von den Kolonialherren aber als Sekte stigmatisiert wurde.

**Welche Rolle spielen solche Erkenntnisse für die junge Generation?**

Erst vergangene Woche habe ich darüber mit meinen Studentinnen gesprochen. Sie wollen in ihre Gemeinden auf dem Dorf zurückkehren, um herauszufinden, welche Rolle Frauen dort bei der Führung ihrer Gemeinschaften gespielt haben. Denn oft entspricht das, was im Geschichtsbuch geschrieben steht, nicht dem, was als Erzählung in unseren Gemeinden vorhanden ist. Das liebe ich am Lesen und Schreiben über Frauengeschichte: Es zwingt uns, die vorhandene Erzählung infrage zu stellen. Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben.

**In vielen europäischen Ländern ist Dekolonisierung ein großes Thema. Müssen in diesem Zuge auch in Afrika die Geschichtsbücher umgeschrieben werden?**

Die kolonialen Erzählungen müssen getilgt werden, damit die Wahrheit ans Licht kommt. Wir müssen das Wissen ausgraben, das in unseren Gemeinschaften verfügbar ist. Aber schauen Sie sich die akademische Wissenschaft an: Wer gibt die Finanzierung, wer legt die Agenda fest? Meist sind es Stipendien aus westlichen Ländern, die an dieser Geschichtsschreibung nicht besonders interessiert sind. Doch die Zeit drängt: Die Zeitzeugen sind inzwischen sehr alt, immer mehr von ihnen sterben.



Foto: privat

**Florence Ebila** ist Sozial- und Literaturwissenschaftlerin. Sie unterrichtet an der Makerere-Universität in Ugandas Hauptstadt Kampala Gender-Studien. Mit ihren Studentinnen untersucht sie die Rolle von Frauen in der afrikanischen Geschichte.



**D**ie Coronapandemie hatte es unmöglich gemacht, doch seit Kurzem ruft die queere Community in Indien wieder zu Märschen auf die Straße. Die Hauptstadt Delhi feierte erst im Januar die Queer Pride Parade. Es ging um ganz grundlegende Forderungen für Toleranz und gleiche Rechte, denen Indien stückweise näherkommt.

Vor vier Jahren erst hat das Land gleichgeschlechtlichen Sex entkriminalisiert. Indien ist damit die erste Nachfolgenation Britisch-Indiens, die den aus der Kolonialzeit stammenden Gesetzesabschnitt Paragraph 377 für ungültig erklärt hat. Schon seit 1994 hatten Menschen in einer Reihe von Petitionen die Abschaffung des 1861 von den Briten eingeführten „Anti-Sodomie-Gesetzes“ des indischen Strafbuches gefordert. Es verbietet sexuelle Handlungen „gegen die Natur“ und wurde häufig in Bezug auf gleichgeschlechtliche Beziehungen angewandt. Im September 2018 dann urteilte der Oberste Richter Dipak Mishra, das Gesetz sei „irrational, unverträglich und offensichtlich willkürlich“.

„Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde der Abschnitt, der Homosexualität unter Strafe stellt, aus dem bisherigen Strafbuch übernommen. Es gab einen moralischen Konsens gegen Homosexualität“, sagt der indischstämmige deutsche Historiker Benjamin Zachariah. In Singapur, ebenfalls früher britische Kolonie, wurde der äquivalente Paragraph 377 erst im Januar dieses Jahres vollständig aufgehoben. Sri Lanka ist diesen Schritt bisher noch nicht gegangen. Es stehe nicht auf der Agenda der etablierteren Parteien, sagt der

Filmemacher und politische Aktivist Visakesa Chandrasekaram. „Es ist nicht nur das Gesetz gegen sogenannten unnatürlichen Sex, das in der kolonialen Ära gegen die Bevölkerung verwendet wurde“, sagt Visakesa. Vielmehr wurde auch ein Verbot des „Herumlungerns“ genutzt, um gegen Bettler, aber eben auch gegen Sexarbeiter, Schwule oder trans Personen vorzugehen. Auch dieses Gesetz existiert noch immer.

### Weder in der Mythologie noch in der Tradition Indiens gab es Verfolgung wegen sexueller Vielfalt

Im Vereinigten Königreich selbst wurden die entsprechenden Paragraphen ab 1967 abgeschafft. Im Jahr 2018 entschuldigte sich die damalige Premierministerin Theresa May für Großbritanniens historisches Erbe an antihomosexuellen Gesetzen im Commonwealth. Auch das christlich geprägte Konzept, wonach Geschlechtsverkehr allein der Fortpflanzung dienen soll, kam erst zusammen mit den britischen Kolonialherren und ihrer viktorianischen Sexualmoral in viele damalige Kolonien.

Indien sei historisch gesehen liberal gegenüber sexuellen Unterschieden gewesen, argumentierte schon 2018 der oppositionelle Politiker Shashi Tharoor von der Kongresspartei. Weder in der Mythologie noch in der Tradition Indiens gebe es Verfolgung wegen sexueller

Vielfalt. Ähnlich sehen das queere Aktivist:innen. Es sei vielmehr so, dass Transsexualität in Indien eine lange Tradition habe – im Kamasutra wird ein drittes Geschlecht erwähnt, der Begriff „Hijras“ für trans und inter Personen existiert seit Jahrhunderten. Erst die Kolonialzeit habe Angehörige des dritten Geschlechts an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Briten kriminalisierten die Hijras und betrachteten sie als „Verstoß gegen den öffentlichen Anstand“.

Das soziale Stigma umgab nicht-binäre Hijras noch lange nach dem Ende der Kolonialzeit. Doch allmählich ändert sich das. Ein Meilenstein war dabei 2014 die Anerkennung des dritten Geschlechts in Indien.

„In den vergangenen Jahren hat sich so viel verändert“, sagt die queere Unternehmerin Susan Dias aus dem westindischen Mumbai mit Blick auf die fortschreitenden Liberalisierungen. Die kulturelle Veränderung sei spürbar, sagt die 35-Jährige. Doch „hoffentlich geht es auch rechtlich bald weiter“. Im kommenden Monat verhandelt der Oberste Gerichtshof über Anträge zur Legalisierung der Ehe für alle.

Schon seit 2022 sind gleichgeschlechtliche Paare in Indien per se gleichberechtigt – auch das dank eines Urteils des Obersten Gerichtshofs. Sollte es nun einen Durchbruch bei der Ehe für alle geben, wäre das Land neben Taiwan und Israel eines der wenigen in Asien, die diesen Weg beschritten haben. Beobachter:innen sehen das als nicht unwahrscheinlich an. Laut Medienberichten haben Hindupriester in Indien und im Ausland bereits gleichgeschlechtliche Eheschließungen durchgeführt, und zwar schon seit den späten 1980er Jahren.

## Haft nach Fehlgeburt

El Salvador hat eines der striktesten Abtreibungsverbote weltweit. Doch die Wurzeln dieses Gesetzes liegen in Europa

Von Sarah Ulrich

**K**aum ein Land bestraft Abtreibung so hart wie El Salvador. Das zentralamerikanische Land ist eine von weltweit sieben Nationen, in denen sie ausnahmslos illegal sind. Bis zu 30 Jahre Gefängnis drohen Frauen, die eine Schwangerschaft beenden – egal ob freiwillig oder durch eine Fehlgeburt. Sie werden oft für Mord oder Totschlag verurteilt und sitzen ihre Haftstrafe unter häufig unmenschlichen Bedingungen ab.

Doch das Gesetz hat seine Wurzeln nicht in El Salvador. Vielmehr ist es ein Beispiel dafür, wie stark die Kolonialisierung und die damit einhergehende Christianisierung reproduktive Rechte und Frauenbilder in Lateinamerika verändert haben. Tatsächlich war Schwangerschaftsabbruch dort eine jahrhundertealte Praxis. Untersuchungen belegen ihre Durchführung seit dem 6. Jahrhundert. In Mexiko etwa führten die Tlamatquicitl, also die Medizinerinnen der Azteken, Schwangerschaftsabbruch mithilfe von Tees oder Kräutern durch – wirksam, mitunter aber eine Gefahr für die Gesundheit.

Abbrüche waren für die Tlamatquicitl ein Weg, den normalen Menstruationszyklus wiederherzustellen. Im Fokus stand die Frage, ob die Schwangere gerade Mutter werden will – oder eben nicht. Zwar gibt es für El Salvador hierzu keine explizite Überlieferung. Die Historikerin Frieda Bequeaith aber ist „fest davon überzeugt, dass es diese Form des Widerstands in der Vergangenheit gab und dass sie bis heute anhält“.

Erst mit der Kolonialisierung Lateinamerikas durch Spanien im 15. Jahrhundert sowie dem Import spanischer Strafbgesetze wurde der Schwangerschaftsabbruch in El Salvador illegalisiert. Die Missionare importierten das Christentum und mit ihm patriarchale Vorstellungen von Sexualität und Reproduktion. Indigene Gemeinden wurden unterworfen, ein Großteil ihres medizinischen Wissens wurde durch westliche Medizin ersetzt.

### Koloniale Ideen blieben

Im Jahr 1821 wurde El Salvador unabhängig. Doch viele koloniale Gesetze und auch Ideen lebten weiter. Im Kalten Krieg hatten die USA ein Interesse daran, die mehrheitlich linksdemokratischen Regierungen in der Region zu sabotieren. Mit militärischen Interventionen und der Unterstützung von Militärputschen griffen sie in die Politik lateinamerikanischer Länder ein. In El Salvador führte das zu einem blutigen Bürgerkrieg.

70.000 Menschen starben. Tausende Indigene wurden ermordet – und mit ihnen ihr Wissen. Emanzipatorische Bestrebungen rückten immer weiter in den Hintergrund. Zwar gab es in den 1960er und 1970er Jahren durchaus feministische Bewegungen in Lateinamerika – in El Salvador lag der Fokus jedoch auf dem Widerstand gegen die Diktatur.

Erst in den 1990er Jahren rückte das Thema reproduktive Rechte stärker in den Blick der dortigen Frauenbewegung. Die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen wurde als Forderung in die Friedensverhandlung nach dem 12-jährigen Bürgerkrieg eingebracht.

Tatsächlich wurde in diesem Rahmen 1998 ein Gesetz zu Abtreibungen verabschiedet. Statt einer Liberalisierung brachte dieses aber eine weitere Verschärfung: Waren ein Schwangerschaftsabbruch zuvor beispielsweise legal, um das Leben der Schwangeren zu retten, wurde er nun allumfassend illegalisiert. Zu verdanken ist das dem starken Einfluss der (ebenfalls durch die Kolonisierung ins Land gekommenen) katholischen Kirche, die in den Verhandlungen als Vermittlerin aufgetreten war.

Konservative katholische Kräfte sind in Lateinamerika und El Salvador bis heute dominant. Evangelikale Fundamentalist:innen gewinnen an Einfluss. Der amtierende Präsident Nayib Bukele etwa ist eng mit sogenannten Lebensschützern aus fundamentalistisch-evangelikalen Netzwerken verbandelt.

Erst im vergangenen Jahr sprach der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte den Staat wegen der Verletzung von Menschenrechten schuldig. Es ging um den „Fall Manuela“. Die krebserkrankte Frau war nach einer Fehlgeburt zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Sie starb im Gefängnis.

Die Regierung erkannte dieses Urteil im Januar 2023 unter Druck an. Politische Willenskraft, etwas zu verändern, gibt es jedoch nicht. Schwangerschaftsabbruch bleibt verboten. Dabei zeigt der Blick auf die Geschichte des Landes: Nicht etwa die Kriminalisierung ist in El Salvador verwurzelt, sondern im Gegenteil: Es ist offenbar der Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch, der Tradition hat.



Stiftung für sozialen Wandel in Indien

## Spenden Sie ein Fahrrad – Schenken Sie Bildung zum Weltfrauentag!

Mit einem Fahrrad für nur 60€\* ermöglichen Sie einem indischen Mädchen den Schulbesuch und schenken ihm die Chance auf eine erfolgreiche Schulbildung und ein selbstbestimmtes Leben.

Spenden Sie ein Fahrrad und setzen Sie ein Zeichen gegen Zwangsehen und Kinderschwangerschaften.

Online spenden unter:  
[www.vfstiftung.de/bildung](http://www.vfstiftung.de/bildung)

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bitte auch Ihre Postanschrift im Verwendungszweck an.

Vicente Ferrer Stiftung gGmbH  
Wollankstraße 131 a, 13187 Berlin  
Tel. 030 22 00 86 - 81

\*inkl. 15% Verwaltungskosten. Wir sind Unterzeichnerin der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.



Spendenkonto  
DE61 3605 0105 0008 1039 21  
Stichwort: Frauentag



Mitarbeiterinnen des World Food Program helfen Frauen in Kabul  
Foto: Kiana Hayeri/The New York Times/laif

# Land ohne Frauen

Nach der gewaltsamen Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 werden die Rechte der Frauen in Afghanistan immer stärker eingeschränkt. Drei Protokolle

## „Das Arbeitsverbot überschreitet die rote Linie“

Reshma Azmi ist stellvertretende Länderchefin der gegen Armut und Hunger engagierten NGO Care in Afghanistan. Die Taliban hatten Ende Dezember ein Arbeitsverbot für NGO-Mitarbeiterinnen verkündet

Meine Mitarbeiterinnen brachen am Telefon zusammen. Wir haben bei Care fast 900 Mitarbeiter, davon sind etwa 300 Frauen. Ihnen mussten wir verkünden, dass sie zu Hause bleiben müssen, bis wir mehr Klarheit haben.

Seit dem Tag der Taliban-Übernahme war klar: Es geht nicht um mich. Wenn ich mich entscheide, die neuen Regeln nicht mitzutragen, bringt das andere Mitarbeiter:innen in Gefahr. Also haben wir versucht, die Protokolle der Taliban zu befolgen. Von der Kleiderordnung, dass wir einen Hidschab tragen sollten, über getrennte Büros und Fahrzeuge für Männer und Frauen bis hin zu Kameras für das weibliche Personal im Einsatz vor Ort. Alles, weil wir ein größeres Ziel vor Augen hatten: die Frauen in Not zu erreichen. 90 Prozent unserer Begünstigten

sind Frauen, die wir nur über unsere Mitarbeiterinnen mit lebensrettenden Maßnahmen erreichen können. Etwa mit Bargeldhilfen, damit Familien überwintern können, oder mit Versorgung von akut unterernährten Kindern. Das NGO-Arbeitsverbot überschreitet unsere rote Linie. Als Care-Sprecherin sehe ich das auch als einen Kampf für die Rechte der Frau. Deshalb habe ich offen gesagt, dass wir nicht weitermachen werden, bis die Taliban erlauben, unsere weiblichen Mitarbeiter wieder arbeiten zu lassen. Beamte aus den Provinzen baten uns, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Sie haben verstanden, dass es vor Ort einen großen Bedarf gibt und wir ihn decken können. Dass sie das Verbot später gelockert haben, habe ich als persönlichen Erfolg gewertet. Aber unsere Schulklassen für Mädchen unter sechs Jahren liegen immer

noch auf Eis. Das macht uns Sorgen, denn ihnen rennt die Zeit weg. Wenn die Schülerinnen nicht zum Unterricht gehen, ist die Konsequenz oft eine Zwangsheirat.

Wir beginnen langsam wieder mit der Arbeit und versuchen zu verstehen, was genau die Bedenken der Taliban sind. Die Verordnungen sind widersprüchlich. Klar ist: Frauen werden seit der Übernahme immer mehr eingeschränkt. Wir überlegen jeden Tag, wie wir mit dieser Situation umgehen können. Unser Team ist widerständig, da wir vor allem weibliche Kolleginnen sind. Für sie ist es nicht nur ein Job. Ich schöpfe meinen ganzen Mut aus ihrer unermüdlchen Art und Weise. Wir sprechen über verschiedene Strategien, wie wir die Frauen in Not aus der Ferne unterstützen können. Sie sind müde, aber sie haben nicht aufgegeben.

Protokoll: Ann Esswein

## „Die Mädchen stecken in einer Grube wie Leichen“

Mahsa Falah (26) ist Künstlerin und Autorin. Sie gründete 2018 in Herat eine Galerie und Kunstschule für Mädchen. 2021 kam sie dank des Hilfsprogramms Artists at Risk nach Deutschland

Der Roman, den ich schreibe, handelt von einem afghanischen Mädchen, das all seine Träume in einer einzigen schwarzen Nacht begraben hat. Aber sie wurden in die Erde gesät und keimen nun. Die Zeit wird dies beweisen.

Die afghanischen Mädchen stecken jetzt ungewollt in einer Grube fest wie Leichen. Sie dürfen nicht aufgeben. Sie müssen lernen, auch wenn die Schultore für sie geschlossen sind. Lasst sie lernen! Den Frauen und Mädchen Afghanistans sollte kein Ende gesetzt werden.

Zusammen mit meiner Schwester habe ich 2018 eine Galerie und Kunstschule für Frauen in der Provinz Herat gegründet. Ich wusste, dass viele Mädchen ihren inneren Gefühlen eine laute Stimme geben und ihre Talente zeigen wollten. Ich wollte ihnen die Möglichkeit dazu geben.

Die Kosten für die Galerie zahlten zunächst wir. Ich war Studentin an der Wirtschaftsfakultät und arbeitete in der Finanzabteilung eines Handelsunternehmens. Mit der Zeit konnten wir mehr Gemälde verkaufen und unterrichten. Die Menschen in Afghanistan lieben Kunst. Vor der Machtübernahme der Taliban schickten viele Familien ihre jungen Töchter zu einem Kunststudium.

Die Galerie ließen wir offen bis zu dem Tag, an dem die Regierung stürzte. Als die Taliban in die Stadt kamen, schlossen wir sie für immer. Ich brachte noch einige der Gemälde mit nach Hause – das hätte mich das Leben kosten können. Die Taliban kamen zur Galerie und stellten Fragen. Ich habe sie nicht gesehen, ich hätte es nicht ertragen, den Feinden meiner Träume zu begegnen. Ich beschloss auszuwandern und

ging in den Iran. Ein paar Monate lebte ich dort, bis ich schließlich auf Einladung der deutschen Regierung offiziell als Künstlerin hierhergekommen bin.

Meine Familie ist in Afghanistan geblieben. Ich bin besorgt, die Lebensbedingungen sind schlecht im Schatten dieses Regimes. Die Taliban verbieten den afghanischen Frauen und Mädchen alles, was sie selbstbewusst, unabhängig, erfolgreich oder auch kämpferisch machen würde. Es ist eine extremistische Gruppe, die im Namen des Islams Fatwas erlässt.

Kunst können afghanische Frauen und Mädchen nur heimlich machen. Sobald sie ihren Schrei der Unterdrückung öffentlich zum Ausdruck bringen, kostet sie dies ihr Leben. Aber der Zweck der Kunst besteht doch darin, der Welt eine Botschaft zu vermitteln.

Protokoll: Sophie Jung

## „Meine Zukunftspläne sind zerstört“

Soma Safi ist 23 Jahre alt. Bis Dezember 2022 studierte sie in Kabul Computerwissenschaften

Der 21. Dezember 2022 war der letzte Tag, an dem ich die Universität betreten habe. Eigentlich wollen wir an diesem Tag unser Physik-Examen schreiben. Weil wir Angst hatten, trugen wir lange schwarze Kleider und waren vollständig bedeckt. Plötzlich kamen die Taliban. Sie trugen Waffen und zwangen uns, die Universität zu verlassen. Wir fingen an zu weinen, auch die Lehrer:innen mussten weinen, überall war eine Menge Chaos. Zu Hause hat sich meine Familie große Sorgen gemacht.

Unter uns vier Geschwistern bin ich die Einzige, für die genug Geld da war, um zu studieren. Mein Vater ist seit der Machtübernahme in den Iran geflohen. Früher habe ich meine Studiengebühren mit Teilzeitjobs an einer Privatschule bezahlt, aber die Taliban haben die Schulen zerstört. Ich habe hart dafür gekämpft, irgendwie meine Studiengebühren für dieses Jahr zu beschaffen. Die Universität hat uns gesagt, dass sie strenge Anweisungen haben, dass Studentinnen ab sofort nicht mehr das Universitätsgelände betreten dürfen. Unsere Noten bekamen wir in einer Whatsapp-Gruppe geschickt. Kurz gab es Kurse, zu denen wir stundenweise gehen konnten. Aber schon nach wenigen Tagen ordneten die Taliban an, dass Mädchen auch diese nicht mehr besuchen dürfen. Das war der Punkt, an dem wir

alle Hoffnungen verloren. Eine meiner Kommilitoninnen hat sich vom fünften Stock eines Gebäudes gestürzt. Viele meiner Mitstudierenden sind psychisch angeschlagen und verstört. Ich wiederhole zu Hause die Fächer aus dem alten Lehrplan und unterrichte Mädchen aus der Nachbarschaft, um etwas Geld zu verdienen.

Eigentlich wäre ich dieses Jahr mit dem Studium fertig geworden. Mein Traum war es, bei einem IT-Unternehmen zu arbeiten und in eine gute Position zu kommen. Damit wollte ich meine jüngeren Geschwister unterstützen. Jetzt weiß ich nicht, ob alles monstros geworden ist. Nicht einmal, ob ich für die zwei Jahre, in denen ich studiert habe, irgendeine Art von Anerkennung oder ein Zeugnis bekommen werde.

Viele Frauen, deren Familien es erlaubt haben, sind auf die Straße gegangen. Weil das Risiko irgendwann zu groß geworden ist, haben wir angefangen, uns heimlich in Häusern zu treffen und nächste Schritte zu planen, wie wir unsere Stimme erheben können. Die Taliban haben meine Zukunftspläne zerstört. Sie haben kein Problem mit der Kleidung, wie sie vorgeben, sondern mit der Frau an sich, denn sie haben Angst vor Frauen. Sie denken, dass eine gebildete Frau sich niemals einem Mann unterordnen würde und dass sie für ihre Rechte eintreten wird.

Protokoll: Ann Esswein

Anzeige

# Gegen Antifeminismus!

Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus, in demokratiefeindlichen Gruppierungen und reicht bis in die Mitte der Gesellschaft. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt die Demokratie.



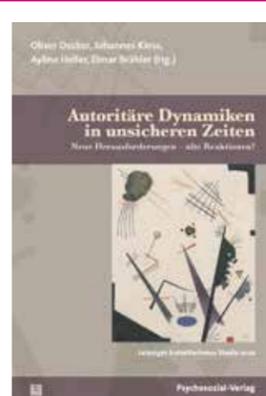
**Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken**

Das Projekt

- sensibilisiert, informiert und klärt auf
- bietet Fort- und Weiterbildung
- stellt vielfältige Materialien in einer Mediathek bereit

- vernetzt und unterstützt Akteur\*innen im Kampf gegen Antifeminismus
- ist Anlauf- und Dokumentationsstelle für Betroffene antifeministischer Angriffe

[antifeminismus-begegnen.de](#)



Leipziger Autoritarismusstudie 2022:

**Antifeminismus – antimoderne Brückenideologie und politische Restauration**

Kapitel 8 zum Download



Podcastreihe **Our Voices, our Choices**

Die internationale, geschlechterpolitische Podcast-Reihe. Hier werden Geschichten über Frauen- und LGBTI-Menschenrechte erzählt, von Menschen, deren Stimme nicht oft gehört und deren Rechte eingeschränkt werden z.B. zu:

- reproduktiver Gerechtigkeit
- feministischer Entwicklungspolitik
- W7-Gipfel
- Kritik der binären Narrative



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

Die grüne politische Stiftung | Schumannstr. 8 | 10117 Berlin  
 @ info@boell.de    @boellstiftung  
 www.boell.de   Heinrich-Böll-Stiftung



Lächeln, als sie die Kamera sehen: Zwei Teheranerinnen auf ihrem Weg ins Stadtzentrum  
Foto: Morteza Nikoubaz/mago

# Es geht um so viel mehr als das Kopftuch

Während Rechte die feministischen Proteste im Iran instrumentalisieren, zögern Linke mit Solidarität. Beides sagt viel aus über den Westen und seine Vorurteile, schreibt Gilda Sahebi in „Unser Schwert ist Liebe“. Ein Vorabdruck

Von **Gilda Sahebi**

Die Proteste im Iran, die brennenden Kopftücher, der Kampf gegen die Islamische Republik – all das ist für manche Menschen im Westen schwer zu verdauen. Nicht, weil sie grundsätzlich gegen feministische Kämpfe wären, sondern weil die Proteste im Iran liebgelebte Haltungen, man möchte sagen: Vorurteile, durcheinanderwerfen. Vorurteile und Vorstellungen über „den Islam“ und „das Kopftuch“.

Diejenigen im Westen, die schon immer gesagt haben, dass der Islam frauenverachtend und das Kopftuch Ausdruck der misogynen Struktur des Islams sei, fühlen sich bestätigt: Seht her, die Frauen im Iran nehmen das Kopftuch ab, sie verbrennen es sogar! Ihre Botschaft an alle „Islamversther“ im Westen: Seid nicht so naiv und hört auf, den Islam zu verherrlichen. So beschwerte sich ein Publizist nach Beginn der Proteste auf Twitter, dass „Menschen, die seit Jahren nicht den Mut aufbringen, den politischen Islam zu kritisieren, plötzlich in Sachen Iran deutlich geworden sind“. Oder anders: Wenn ihr das Kopftuch im Iran kritisiert, kritisiert es gefälligst auch hier bei uns.

Auf der anderen Seite gibt es nicht wenige, die sich, sagen wir, zurückhalten, wenn es um die Solidarität mit den Frauen im Iran geht. In politisch linken Kreisen gibt es die Argumentation, es sei eine „westliche“ Idee, dass das Abnehmen des Kopftuchs im Iran Freiheit für die Frau bedeute. Das Kopftuch sei doch Teil der Kultur in Ländern wie dem Iran, und wenn man sich gegen das Kopftuch ausspreche, so glauben sie, sei das islamophob. Dieses Narrativ, das auch vom iranischen Regime propagiert wird, füttern westliche Politikerinnen, wenn sie bei Staatsbesuchen im Iran ein Kopftuch tragen. Sie halten sich, so kann man annehmen, für besonders tolerant, glauben, dass sie die iranische „Kultur“ respektieren, wenn sie sich verschleiern.

In beiden Fällen wird der Kampf der Frauen im Iran für die eigene Ideologie instrumen-

talisiert. Und: Sowohl dieser Kulturrelativismus als auch die Dämonisierung des Islams sind von einer rassistischen Denkstruktur geprägt. Der Rassismus der rechten Seite ist leicht erkennbar. Hass gegen Muslim\*innen ist nicht erst seit 9/11 im Westen angekommen, hat sich seitdem aber extrem intensiviert. Terroranschläge wie in Christchurch und in Hanau sind ideologisch fest mit rassistischen Verschwörungserzählungen verbunden. Eine ganze Partei, die inzwischen im Bundestag sitzt, definiert sich zu großen Teilen durch ihren Hass auf alles, was mit dem Islam zu tun hat. Eine der Abgeordneten dieser Partei sprach im Deutschen Bundestag offen von „Messermännern“ und „Kopftuchmädchen“ und meinte damit Muslim\*innen.

**Es sind in dieser Revolte nicht nur Frauen aktiv, die kein Kopftuch tragen wollen, sondern auch solche, die es gerne tragen**

Schnell waren die Rechten dabei, die Bilder aus dem Iran, den Kampf der Frauen für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Eine rechtsextreme Vereinigung von Abgeordneten im EU-Parlament sprach sogar einen Freiheitspreis für die iranischen Frauen aus. Völlig absurd, wenn man bedenkt, dass in ihrer rechtsextremen Ideologie alle aus Europa geworfen werden sollen, die nicht in den europäischen „Kulturkreis“ passen, und dass diese Gruppen seit Jahr und Tag gegen Geflüchtete aus der Region des sogenannten Nahen Ostens hetzen. Dass es keinen von diesen Leuten um die Menschen im Iran geht, ist klar. Es geht nur darum, Bilder von brennenden Kopftüchern dafür zu nutzen, die eigene Ideologie voranzutreiben.

Auf der anderen Seite heißt es von links: Das Kopftuch als Symbol der Frauenunterdrückung sei eine „westliche“ Erzählung; die Idee, dass Frauen sich vom Kopftuch befreien müssten, um frei zu sein, sei imperialistisch und kolonialistisch. Westliche Feminist\*innen würden sich auf den Kopftuchzwang versteifen und dabei „westliche“ Vorstellungen von Feminismus und Gleichberechtigung quasi kolonialistisch durchdrücken. Man müsse die „Kultur“ der Menschen in islamischen Ländern respektieren. Und: Die Rechten nutzen die iranische Revolution für ihre muslimfeindliche Agenda, heißt es aus linken Kreisen. Also Vorsicht.

Ob in den USA, in Europa oder in Deutschland: Die Linke, die einen feministischen Kampf wie im Iran eigentlich als historisch feiern müsste, hält sich auffällig zurück. In den USA, wo die demokratische Partei als Partei des Feminismus gelten will, wird „Frau, Leben, Freiheit“ gänzlich ignoriert. Dort gibt es schon genug Probleme mit Islamhass, denken sich, so scheint es, viele. Bei Teilen von linken Parteien in Deutschland sieht es nicht anders aus.

Seit Beginn der Proteste im September 2022 wurde schon oft gesagt und geschrieben: Es geht nicht um das Kopftuch. Es geht um so viel mehr. Um die systematische Unterdrückung der Frau im Iran. Ausgerechnet diejenigen, die vorgeben, anti-kolonialistisch und anti-imperialistisch zu denken, verfallen in eine in der Konsequenz rassistische Argumentation. Denn wenn die Befreiung vom Kopftuch eine „westliche“ Idee ist, sind auch die Selbstbestimmung der Frau und die Gleichberechtigung der Geschlechter „westliche“ Werte. Kulturrelativismus bedeutet eben auch einen Relativismus der Werte. Bestimmte Werte gibt es in dieser Logik nur im Westen, Frauen im sogenannten Nahen Osten haben damit nicht dasselbe Bedürfnis nach Freiheit wie Frauen im Westen. Während der Feminismus im Globalen Norden dafür kämpft, dass „Nein heißt nein“ gilt und dass der Schwangerschaftsabbruch legalisiert wird, soll der Feminismus im Globalen Süden ein rückständiger sein; Frauen sollen sich nicht so haben mit dem Kopftuch. Vor allem sollen Frauen im Iran nicht den Islamhassern im Westen glauben, dass das Kopftuch ein Symbol der Frauenunterdrückung sei. Denn das zu denken, ist islamophob. Das nutzen Rechte nur aus. Ja, das stimmt, das tun sie. Nur ist das wirklich nicht das Problem der Menschen im Iran. Das ist unser Problem, hier im Westen. Um den Rassismus in unserer Gesellschaft müssen wir uns kümmern.

Solche Einstellungen von links und rechts zeigen nur, dass das Wissen um den iranischen Kontext fehlt oder bewusst vernachlässigt wird. Das Kopftuch im Iran hat eine vollkommen andere Bedeutung als das Kopftuch in westlichen Staaten. „Nur wenige Tage nachdem Ajatollah Ruhollah Chomeini aus einer Air-France-Maschine entstieg war, seinen Fuß auf iranischen Boden gesetzt hatte, erhob er das Schwert seiner Revolution als Erstes gegen die Frauen“, schreibt Golineh Atai in ihrem 2021 erschienenen Buch „Iran – Die Freiheit ist weiblich“. Und weiter: „Fast alle Gesetze, die fünf Jahrzehnte sozialer Gewinne für die Frauen bedeuteten, sollten seiner Idee des Islam zum Opfer fallen.“

Als Erstes kam der Verschleierungszwang, von einem Tag auf den anderen. Dann folgten bald die frauenfeindlichen Gesetze, mit denen das Leben aller Frauen im Iran entwertet wurde. Im Oktober 2022 machte ein Video in den sozialen Netzwerken die Runde, in dem eine Frau im Tschador auf eine Mauer schreibt „Frau, Leben, Freiheit“; im Hintergrund sagt eine weibliche Stimme: „Wir verschleiern Frauen von Maschhad unterstützen Frau, Leben, Freiheit.“ Es sind in dieser Revolte nicht nur Frauen aktiv, die kein Kopftuch tragen wollen, sondern auch solche, die es gerne tragen, auch weiter tragen wollen. Weil es um weit mehr geht als um das Kopftuch.

Das Kopftuch, der Hidschab, ist im Iran ein Symbol. Ein Sym-

bol für die Unterdrückung von Frauen durch eine ideologisch extremistische Machtelite, aus Männern bestehend, die den Islam als eine Art Universalerklärung für all ihre Frauenrechts- und Menschenrechtsverbrechen nutzt. Die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, ebenfalls gläubige Muslimin, war bei den iranischen Klerikern auch deshalb so verhasst, weil sie mit ihrem Einsatz für Menschenrechte und ihrer Arbeit als Anwältin immer wieder erklärte, dass die Machthaber ihre eigene Religion nicht verstünden.

Eine der mutigsten feministischen Stimmen im Iran ist Fatemeh Sepehri. Im September 2022 wurde sie verhaftet. Sie ist gläubige Muslimin und trägt nicht nur ein Kopftuch, sondern einen Tschador, einen Ganzkörperschleier. Sie kämpft dafür, dass junge Frauen wie ihre Töchter die Freiheit haben zu entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht. Sie fordert schon lange den

Rücktritt von Revolutionsführer Chamenei – und sagt das auch noch ganz offen. Auch mit ihr hat Golineh Atai für ihr Buch gesprochen, lange vor Beginn der Protestbewegung. Sie zitiert Fatemeh Sepehri mit den Worten: „Ich will, dass die Islamische Republik gründlich weggefegt wird. Ich verlange, dass der Iran eine säkulare Demokratie wird. Ein Staat, der die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte endlich achtet.“

Der Kampf gegen das Kopftuch im Iran hat nichts mit Islamophobie, sondern mit Frauenunterdrückungsphobie zu tun. Der Kampf der Menschen und der Frauen im Iran ist kein Spielfeld für Instrumentalisierungen, ob von rechts oder von links. So einfach ist es mit „dem Islam“ und „dem Kopftuch“ eben nicht.

„Unser Schwert ist Liebe“ von Gilda Sahebi erscheint am 8. März bei Fischer. 256 Seiten, 24 Euro.

Anzeige

**ANTIFEMINISMUS SICHTBAR MACHEN!**

antifeminismus-melden.de

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

Demokratie leben!

Initiative für Frauen und Mädchen

Initiative für Demokratie und Gleichberechtigung

Initiative für Demokratie und Gleichberechtigung

Initiative für Demokratie und Gleichberechtigung

# Ideologie macht Schule

Sie verteufeln Abtreibung und werben für Enthaltbarkeit bis zur Ehe: Pro-Life-Gruppen nutzen die Sozialarbeit, um Jugendliche mit christlich-fundamentalistischen Inhalten in Kontakt zu bringen. Ihre Angebote verfangen gerade in Krisenzeiten

Aus Leipzig Sarah Ulrich

Alexandra Linder zeigt ein Bild eines Zellhaufens in die Kamera. Acht Kreise, aneinandergeliebt in einer kleinen, mit Flüssigkeit gefüllten Kugel. Mediziner\*innen sagen dazu Blastozyste, Alexandra Linder sagt: „Das hier ist ein vollständiger Mensch.“

Linder ist Bundesvorsitzende des Vereins Aktion Lebensrecht für Alle (Alfa) und eine bekannte Pro-Life-Aktivistin in Deutschland. An diesem Tag hält sie für den Jugendverband Jugend für das Leben (JfDL) einen Onlinevortrag.

Ihre Botschaft an die 14 vor allem jungen Zuhörenden: Abtreibung, das sei eine „vorgeburtliche Kindstötung“. Linder spricht von Gewalt und Brutalität. Wo die Medizin sagt, dass der Fötus bis zur 19. Schwangerschaftswoche noch keine Schmerzen empfinden kann, formuliert Linder: „Das Kind wird entmenschlicht und zerquetscht.“

Hinter Linder und Alfa steckt ein bundesweites christlich-fundamentalistisches Netzwerk. Das Ziel ist es, Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen. Mit Infoveranstaltungen wie dieser, dem Verteilen von Goodie-Bags, „Pro Life“-Touren durch Deutschland,

Argumentationsworkshops oder Mitmachaktionen sprechen sie vor allem Jugendliche an, die Orientierung suchen.

Die Inhalte, die die sogenannten Lebensschützer verbreiten, sind zwar oft wissenschaftlich falsch, werden von der Organisation jedoch als neutrale Informationen verkauft. So beruft sich Linder in ihrem Vortrag an keiner Stelle auf Gott oder die Schöpfung. Für junge Menschen, die die ideologischen Hintergründe nicht kennen, ist der fundamentalistische Grundtenor ihres Vortrags schwer zu erkennen. „Diese Aktionen sind bewusst erlebnisorientiert“,

sagt Len Schmid. Schmid ist Sozialarbeiter\*in und Sexualwissenschaftler\*in und beschäftigt sich als Projektreferent\*in der Fachstelle „mobirex – Monitoring, Bildung, Information“ in Baden-Württemberg schwerpunktmäßig mit organisiertem Antifeminismus und den Schnittstellen zur (extremen) Rechten.

Soziale Arbeit bei Jugendlichen durch antifeministische Akteure ist eines der Kernthemen Schmidts. Der Fokus liege hier auf der Anti-Choice-Arbeit und der Informationsverbreitung gegen reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung. Bei der christlich-fundamentalistischen Sozialarbeit identifiziert Schmid drei Säulen: Beratungsstellen, Jugendarbeit und Sexualerziehung.

Die Beratungsstellen konzentrieren sich vor allem auf das Thema Schwangerschaftskonfliktberatung. Dabei geht es aber nicht etwa um eine psychologische Beratung, wie sie Pro Familia beispielsweise leistet, sondern vielmehr darum, den Aufsuchenden zu vermitteln, dass Schwangerschaftsabbruch nicht nur ethisch falsch, sondern auch traumatisierend für alle Beteiligten sei. Das vermeintliche Post-Abortion-Syndrom, wie es die Abtreibungsgegner\*innen nennen, ist jedoch medizinisch nicht nachweisbar.

## Anti-Choice-Aktivist\*innen sprechen gezielt Schulen an, um dort Workshops zu geben

Bei der zweiten Säule, der Jugendarbeit, gibt es vor allem Mitmachaktionen wie die Pro-Life-Tour. Die dritte Säule, die Sexualerziehung, geht mit den anderen beiden Hand in Hand. Anti-Choice-Aktivist\*innen sprechen auch gezielt Schulen an, um dort Workshops zu geben. Mithilfe christlich-fundamentalistischer Literatur, wozu auch das Buch „Schwanger mit 16“ gehört, das die Alfa-Bundesvorsitzende Cornelia Kaminski geschrieben hat, werden Moralvorstellungen wider die sexuelle Selbstbestimmung vermittelt.

Ein Beispiel daraus: Ein Klecks Handcreme wird unter den Schüler\*innen verteilt. Kurze Zeit später fordert die Lehrkraft sie auf, die Handcreme wieder zurückzugeben, weil die Lehrkraft bemerkt hat, dass sie zu viel weggegeben hat. Das soll zeigen, dass etwas, was man weggegeben hat (also Sex), nicht mehr zurückgenommen werden kann.

„Es geht sehr stark darum, eine christliche Sexualmoral zu verbreiten“, sagt Len Schmid. So werden antifeministische Thesen durch vermeintliche Aufklärung unter Jugendliche gebracht, die ihren Zugang zur Sexualität gerade erst ausbilden.

Ein prominenter Redner, der von Alfa an Schulen vermittelt wird, ist der Arzt Paul Cullen, der auch im Bundesverband Lebensrecht tätig ist. Cullen äußert sich nicht nur immer wieder antifeministisch, sondern hat im Kontext der Pandemie auch Verschwörungserzählungen verbreitet und 2016 an einem antisemitischen Manifest mitgewirkt.

Immer wieder gibt es auch Verbindungen der Pro-Life-Bewegungen zu rechten bis rechtsextremen Akteuren, die sich antifeministisch und queerfeindlich, aber auch rassistisch äußern und entsprechend agieren. So ist es keine Seltenheit, dass AfD-Mitglieder wie Beatrix von Storch an „Märschen für das Leben“ teilnehmen. Auch wird positiv Bezug auf Staaten wie Ungarn oder Polen genommen, in denen immer mehr antidemokratische und antifeministische Gesetze verabschiedet werden.

Geht die Strategie der Vereinnahmung von sozialer Arbeit auf? „Für Jugendliche sind das attraktive Angebote“, sagt Expert\*in Schmid. „In krisenhaften Zeiten bieten diese Gruppen etwas, woran sie sich festhalten können.“ Vor allem die niedrigschwellige Ansprache und der erlebnisorientierte Charakter der Veranstaltungen fördern das. Digitale Angebote wie die Veranstaltung der JfDL vereinfachen den Zugang noch. Allerdings gibt es keine Zahlen, die belegen können, wie erfolgreich die Rekrutierung Jugendlicher durch christlich-fundamentalistische Gruppen tatsächlich ist.

Um die Lücke zu schließen, die die Fundamentalist\*innen bedienen, brauche es eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, die einem emanzipatorischen Ansatz folgt und zur Demokratieförderung beiträgt, sagt Len Schmid. Und: Aufklärungsarbeit, um die Ideologie hinter den Angeboten sichtbar zu machen. Bei Lehrkräften und Pädagog\*innen ebenso wie bei Jugendlichen.

Bislang funktioniert solche Aufklärung nur wenig. So ist auf der vom baden-württembergischen Kultusministerium geförderten Bildungsmesse Didacta in diesem Jahr auch Alfa mit einem Infostand vertreten. Antifeministische, fundamentalistische Inhalte stehen auf diese Weise neben Biologiebüchern und Englischheften – als wären sie wissenschaftlicher Standard.



Demonstrierende beim „Marsch für das Leben“ protestieren gegen die Selbstbestimmung von Schwangeren  
Foto: Sebastian Wells

# Und ewig droht der Feminismus

Warum ist der christlich-konservative Kampf gegen die „Gender-Ideologie“ auch einer gegen Frauenrechte? Ein Gastbeitrag

Gunda Werner

In der Katholischen Wochenzeitung *Tagespost* erschien vergangenen November ein Artikel, der alle Vorbehalte und Ängste konservativ-christlicher Kreise gegen ihr gemeinsames Feindbild der „Gender-Ideologie“ in sich vereinte: „Gottlos“ und „atheistisch“ sei das Gender-Denken, es „manipuliere die Sprache“ und „unterwerfe“ Menschen einer Ideologie, in der nicht mehr die Beziehung zu Gott im Mittelpunkt stehe. Auch nicht die Liebe zwischen Mann und Frau, sondern allein die „ethisch zu gestaltende Beziehung der Sexualpartner untereinander“, bei der es weder auf die sexuelle Orientierung noch auf den Bund der sakramentalen Ehe ankomme.

Hier erreicht die Empörung einen ersten Höhepunkt.

Schlussendlich gipfelte die Kritik an Gender-Theorien in dem Vorwurf, es handele sich um den ultimativen

Angriff auf die Schöpfungsvorstellung. Gott habe den Menschen nun mal als Mann und Frau geschaffen. Hinter Anfeindungen gegen trans Personen fallen Bedenken gegenüber der sexuellen Orientierung zurück.

In Artikeln wie dem gerade zitierten erscheint die „Gender-Ideologie“ als sich verselbstständigende Bedrohung. Oder, um es mit den Worten von Gabriele Kuby zu sagen, als ein „Sauerteig, der die gesamte Gesellschaft durchsäuert und zerstört“.

Kern dieser auch transfeindlichen Abwertung ist bereits die schlichte Möglichkeit, dass sich geschlechtliche Identität jenseits der Binarität von Mann und Frau denken lassen könnte. Schon in dem bloßen Infragestellen von Sex und Gender lauert nämlich die vermeintliche Gefahr von Beliebigkeit und Relativismus, mit denen dazu Kinder und Jugendliche von früh an indoktriniert würden. Manche Autor\*innen meinen darin gar den Mar-

xismus in neuem Gewand zu erkennen, der erneut das Christentum zerstören und eine Einheitsgesellschaft schaffen wolle, in der alle „natürlichen“ Differenzen der Geschlechter nivelliert seien und es keine Freiheit mehr gebe.

## Manche meinen gar, den Marxismus in neuem Gewand zu erkennen

Spätestens hier zeigt sich, wie diese erregte Gender-Kritik und der spezifisch christlich-konservative Antifeminismus sich gegenseitig bedingen: Weil in der Bibel, genauer im 1. Buch Mose, zu lesen sei, dass Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen habe (Gen 1,27), und weil die so geschaf-

fenen Männer und Frauen (das steht allerdings nicht mehr in der Bibel) über „spezifisch männliche“ und „spezifisch weibliche“ Eigenschaften verfügten. Deswegen seien Frauen (und zwar von Gott gewollt) auf bestimmte Rollen festgelegt.

Gemäß göttlichem Willen und Auftrag, dass Frauen Kinder bekommen können, sei es das Wesen der Frau, dienend, aufopfernd, sorgend und nährend zu sein. Insbesondere in der katholischen Logik liegt darin keine Diskriminierung – schließlich ist dies Gottes besonderer Heils- und Schöpfungswille, universal gültig für „die“ Frau, deren „spezifisch weibliche“ Eigenschaften determinieren, was ihr guttut, was sie braucht, was sie sich wünscht und wie sie ihr Leben zu gestalten hat.

Und damit sind wir endgültig beim Antifeminismus angekommen: Der Ausschluss von Ämtern und Öffentlichkeiten, geringere Bezahlung und eine

prekäre Rente müssten nun mal in Kauf genommen werden, denn weil „die“ Frau als Mutter bei den Kindern und sorgend im Haus sein will, stellt sie die Familie an die erste Stelle. Auch wenn sie deswegen weniger verdient, keine Karriere macht und weniger Möglichkeiten hat, verwirkliche sie ihr Wesen als Frau.

Der erbitterte Kampf christlich-konservativer Kreise gegen die bloße Möglichkeit vielfältiger Geschlechteridentitäten offenbart, worum es geht: die Angst vor einer Welt, in der „spezifisch männliche“ und „spezifisch weibliche“ Eigenschaften eben nicht von Gott gewollt im Menschen angelegt sind. Denn damit wäre der biologischen Begründung männlicher Vorherrschaft in der Gesellschaft der Nährboden entzogen.

Gunda Werner, 51 Jahre, ist Professorin an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

# „Das Signal war: Die Roten kommen!“

Die Historikerin Ute Planert hat über Antifeminismus im Kaiserreich geforscht. Im Interview spricht sie über Erfolgsstrategien der Feministinnen und Parallelen zur Gegenwart

Interview **Katrin Gottschalk**

**taz: Frau Planert, wer war zuerst da: die Feminist\*innen oder die Antifeminist\*innen?**

**Ute Planert:** Antifeminismus ist eine Antibewegung, ist also gegen etwas, und deswegen ist natürlich das, wogegen man ist, zuerst da.

**Wie kam es im deutschen Kaiserreich zur ersten Frauenbewegung?**

Forderungen nach einer gleichberechtigten Gesellschaft erhoben die Frauen in dem Moment, in dem bürgerliche Partizipationsansprüche angemeldet wurden. In der Französischen Revolution sagten sie: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit – und was ist mit uns Schwestern? In der Revolution von 1848/49 wollten sie „dem Reich der Freiheit Bürgerinnen werben“. Ab da gab es organisierte Aktivitäten, Versuche gewerkschaftlicher Frauenorganisation, Frauenzeitungen. Nach der Revolution verbot Preußen Frauen, sich politisch zu engagieren. Deshalb gingen sie an, auf anderen Feldern zu arbeiten: in der Bildung, der Erwerbsarbeit. Im Jahr 1908 wurde dieses Gesetz aufgehoben, da gab es schon eine breite Frauenbewegung, die größte in Europa.

**Wie und ab wann genau organisierten sich die Antifeminist\*innen?**

Das entscheidende Jahr war 1912. Die SPD gewann die Reichstagswahlen. Das hatte keine politische Auswirkung, weil wir es nicht mit einer parlamentarischen Demokratie zu tun hatten, aber das Signal war: Die Roten kommen! Seit der Vereinsfreiheit 1908 begannen die Parteien ihre Frauen zu organisieren, die SPD, die Liberalen – ab 1912 selbst die Bastion der politischen Rechten, die Deutschkonservative Partei. Im Jahr 1912 wurde außerdem der Geburtenrückgang zum Thema. Den erlebten alle Industriegesellschaften, aber er wurde von nationalistischen Zeitgenossen als Gebärstreik wahrgenommen. Eine Universität nach der anderen wurde geöffnet für Frauen, es bildeten sich Stimmrechtsvereine. Der Trend ging in Richtung Erfolge für die Feministinnen, deshalb dachten die Antifeministen, sie müssten Alarm schlagen, bevor die Regierung noch das Frauenwahlrecht einführt. Im Jahr 1912 wurde der

Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation gegründet.

**Wer waren die Antifeminist\*innen, die sich im Bund vereinten?**

Für meine Dissertation habe ich mir die Verbandszeitschriften des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation angeschaut. Ich habe ausgewertet, wer da auftaucht als Autor\*in und in den Ortsgruppen. Da bin ich auf 375 Namen von Aktivist\*innen gekommen, davon sind ungefähr 20 Prozent Frauen. Der ganze Bund hatte 300.000 Mitglieder, darunter Vereine von Angestellten und Lehrern, die weibliche Konkurrenz fürchteten.

**Immerhin 20 Prozent, dabei ist das doch ein Widerspruch – Frauen in antiemanzipatorischen Gruppen ...**

Ich habe mich auch gefragt, warum diese Frauen das machen. Manche waren mit einem Antifeministen verheiratet, aber es gab auch selbstständige Schriftstellerinnen. Ein wichtiger Punkt war für viele sicherlich, dass dem traditionellen Frauenbild die Legitimation entzogen wurde. Wenn immer mehr Frauen gebildet sein sollen, arbeiten und studieren, dann fühlt sich die „Nurhausfrau“ weniger wert. Und dann kommt das Weltbild dazu, das

die Frauen teilten: Diese Antifeministen waren weit in der rechten Ecke, modern gesprochen: rechtsradikal, das waren Nationalisten, die waren völkisch, die waren antisemitisch und antimodern. In diesem deutschvölkischen Weltbild hat die Frau zu Hause zu sein und Kinder zu kriegen fürs deutsche Volk.

**Aus welchen Bevölkerungskreisen kamen diese Leute?**

Das waren vorwiegend Bildungsbürger, meist protestantisch, eher preußisch-norddeutsch und aus der Großstadt, weil die Frauenbewegung eine urbane Erscheinung war. Es waren Mediziner dabei, Rassenhygieniker, Regierungsbeamte, auch Studenten und Lehrer, die nicht wollten, dass Frauen ihnen die Plätze wegnehmen.

**Was waren die Strategien, mit denen die Antifeminist\*innen versuchten, die Feminismuswelle zu stoppen?**

Vermeintliche Aufklärung: Sie schrieben ganz viel, reichten Petitionen ein, hatten diesen Verband, gründeten Ortsgruppen, störten Frauenversammlungen. Sie versuchten, informell Einfluss zu nehmen auf die Parteien und Verbände, damit diese keine Frauen zuließen. Die Antifeministen versuchten, emanzipierte Frauen abzuwerten, indem sie ihnen die Weiblichkeit absprachen, weil die Funktion von Frauen ja das Kinderkriegen sei. Viele Frauen der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung waren aber Lehrerinnen – die mussten unverheiratet sein, es gab das Lehrerinnenzölibat, übrigens auch in der Weimarer Republik.

**Was hat der antifeministische Widerstand mit der Frauenbewegung gemacht?**

Nicht viel. Es gab sicherlich verbale Auseinandersetzungen, wenn die Antifeministen zu Frauenveranstaltungen hingegangen sind. Und als der Antifeministenbund gegründet wurde, erschienen in den Frauenzeitschriften ein paar Artikel, aber dann kam ja schon der Krieg, und ab da standen die Antifeministen auf verlorenem Posten. Die bürgerlichen Frauen organisierten sich im nationalen Frauendienst, unterstützten den Krieg und stellten sich als gute Patriotinnen dar. Da konnten die Antifeministen schlecht sagen, dass die Frauen am Herd bleiben sollen,



Antifeministische Karikatur um 1905: die rauchende Frau Juristin als Rabenmutter  
Foto: Imago

des Jahrhundert war geradezu besessen davon zu definieren, wie Männer sind und wie Frauen sind.

**Warum das denn?**

Die bürgerliche Gesellschaft brauchte ein neues Ordnungssystem, nachdem die ständische Ordnung aufgehoben war. Und Geschlecht durchdrang alles, ebenso wie später Klasse und auch Rasse als neue Ordnungskriterien. Selbst die meisten frauenbewegten Frauen glaubten an die Gegensätze der Geschlechter und machten daraus sogar ein Argument: Gerade weil Männer und Frauen fundamental unterschiedlich sind, braucht es beide, etwa in der Politik.

**War die Betonung des Dualismus eine erfolgreiche Strategie der Frauenbewegung?**

Ja, klar! Sogar bis dahin, dass man sagte: Männer und Frauen sind unterschiedlich, also können Männer auch keine Frauen untersuchen – also brauchen wir Frauenärztinnen. Diese Idee vom weiblichen Kultureinfluss durchzog das komplette Kaiserreich, auch da, wo wir es heute kritisch sehen, zum Beispiel bei den kolonialistischen, imperialistischen Bewegungen. Auch da brauchte es dann den Kultureinfluss der deutschen Frau zur angeblichen Emporbildung der Schwarzen.

**Sehen Sie Parallelen zwischen dem Antifeminismus im Kaiserreich und dem aktuellen?**

Moderne Antifeministen sammeln sich etwa in der Lebensschutzbewegung, auch die Männerrechtsbewegung fällt darunter, organisierte Incels oder neurechte Siedler. Nach meiner aus dem Kaiserreich abgeleiteten Definition braucht Antifeminismus einen gewissen Organisationsgrad. Oftmals erkenne ich in aktuellen Debatten, auch in der taz, eher eine aktivistische Definition. Aber nicht alles, was eine Frau angreift, ist organisierter Antifeminismus.

**Was halten Sie von der Meldestelle Antifeminismus der Amadeu-Antonio-Stiftung?**

Im Gegensatz zur erfolgreichen Kaumbeachtung der Antifeministen im Kaiserreich bietet so eine Meldestelle zumindest eine Angriffsfläche, denn man kann das auch als Denunziationsstelle sehen. Die rechte Argumentation ist ja, dass ich jetzt bei der Gender-Polizei gemeldet werde, wenn ich nicht das große I spreche. Ich sehe das Bedürfnis nach so einer Stelle, gerade wenn Aktivistinnen angegriffen werden, aber ob diese Stelle dagegen wirklich hilft oder nicht eher vorhandenen Sympathien für feministische Politik schadet, da bin ich mir unsicher.



Foto: Patric Fouad

**Ute Planert**

Die Historikerin lehrt an der Universität Köln unter anderem Europäische Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Im Jahr 1998 veröffentlichte sie ihre Dissertation über Antifeminismus im Kaiserreich, 2021 erschien ihr Buch „Napoleons Welt“ bei wgb.

Gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit.

Es ist Zeit.



www.bundesstiftung-gleichstellung.de  
bs.gleichstellung  
@BSGleich



## „Queers können sich im Netz austauschen“

Podcaster Soufiane Hennani erklärt, wie Marokkaner\*innen mit Antifeminismus umgehen

Interview **Mohamed Amjahid**

**taz: Soufiane Hennani, in Ihrem Podcast „Machi Rojola“ sprechen Sie mit Ihren Gästen über Feminismus, Netzaktivismus und wie man in Marokko das Patriarchat überwinden kann. Sind solche Gespräche neu in Ihrem Land?**

**Soufiane Hennani:** Ich glaube, dass wir in Marokko immer kritisch über Maskulinität gesprochen haben. Sie prägt immerhin den Alltag von vielen Menschen, von Frauen und Männern. Da geht es um psychische, physische und sexuelle Gesundheit, aber auch um die Sozialisierung von Männern, wie sie untereinander interagieren und allgemein in der Gesellschaft. Es gab vor mir viele Forscher\*innen und Autor\*innen, die sich mit Feminismus auseinandergesetzt haben. Der Unterschied jetzt liegt vielleicht darin, dass die Inhalte ein breites Publikum erreichen, das so mitsprechen kann. Egal ob in meinem Podcast, in der Musik, im Kino, in traditionellen oder sozialen Medien.

**Feministische Ideen erreichen also nun mehr Menschen. Erzeugt das auch im Netz antifeministischen Widerstand?**

Auf Facebook bekomme ich oft die Nachricht, dass ich für meine Inhalte bezahlte Werbung schalten soll, während hasserfüllte, antifeministische Plattformen organisch wachsen und mit Reichweite den Tech-Unternehmen Gewinne einbringen. Man müsste die Medienkompetenzen der Menschen ausbauen. Sie sehen die Inhalte eines queerfeindlichen oder antifeministischen Influencers und glauben den Blödsinn. Viel ist zu uns leider aus den USA und Europa geschwappt, da nehmen sich in Marokko einige Leute ein Beispiel an Strategien der Hassrede.

**Können Sie uns ein Beispiel nennen?**

Jemand hat den US-amerikanischen Podcast eines Incels schlicht kopiert und findet damit ein hasserfülltes Publikum in Marokko. Oder: Es gibt im Netz seit Kurzem eine Gruppe namens „Wenn du ein wahrer Mann bist, darfst du keine Frau heiraten, die arbeiten geht“. Da kommen Incels und Maskulinitäten zusammen, lassen sich

frauen- und queerfeindlich aus und argumentieren dabei vor allem mit „Freiheit“. Sie haben in Europa und Deutschland solche gefährliche Tendenzen.

**Wie stark ist der feministische Diskurs in Marokko?**

Der erreicht vor allem junge Menschen. Sowohl als Sender\*innen als auch als Empfänger\*innen. Da drin finden sich dringende Themen: Rassismus in Marokko, die Klimakatastrophe und eben feministische Kämpfe. Solche Debatten haben sich längst aus den elitären Räumen befreit und erreichen alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Als wir während der Pandemie kollektiv in den harten Lockdown mussten, gab es viel Hass und Gewalt gegen LGBTQI+ und Feminist\*innen. Einige junge Queers waren plötzlich in ihren Elternhäusern gefangen. Ich habe das in meinem Podcast „Machi Rojola“ und auf sozialen Medien thematisiert. Für viele Betroffene war das so zugänglich und hilfreich. Sie konnten sich im Netz zumindest austauschen und gegenseitig stärken.

**Viele weiße Feministinnen hier in Deutschland und Europa interessieren sich besonders für das Thema Maskulinität in Nordafrika. Kommt das bei Ihnen an?**

Superschön und inspirierend in Marokko ist, dass wir unsere eigene feministische Tradition haben, die schon immer intersektional war. Bei uns kommen ein paar Fetzen dieses weißen Mainstream-Feminismus an, das hat meist negative Auswirkungen auf unseren Alltag. Zum Beispiel diese tiefstehende Transfeindlichkeit. Dabei haben wir eine reiche feministische Tradition mit Stimmen wie der Soziologin Fatima Mernisi oder der Schriftstellerin Malika al-Fassi, die uns zeigen, dass Feminismus eine einflussreiche marokkanische Tradition besitzt. Diese Frauen haben für Selbstbestimmung gekämpft, körperliche und politische. Dass Frauen wählen können, sich scheiden lassen können, ein Kopftuch tragen oder nicht. Daran knüpfe ich in meiner Arbeit im Podcast oder auf sozialen Medien an und das berührt viele Menschen – Queers, Frauen und Männer, sodass sie sich wiederum engagieren.

# Wenn staatlicher Antifeminismus Leben kostet

Vor zwei Jahren trat die Türkei aus der Istanbul-Konvention aus. Doch ernst gemeint hat das Land es nie damit, Frauen vor Gewalt zu schützen



Demonstrierende am feministischen Kampftag 2021 in Istanbul Foto: Sedat Suna/epa

Von **Gamze Kafar**



Foto: Mohamed Amjahid

**Soufiane Hennani** forscht an der Universität in Casablanca im Bereich Health Sciences. Er ist LGBTQI+-Aktivist. Sein politisches Interesse gilt queeren Identitäten und Maskulinität. In seinem Podcast „Machi Rojola“ spricht er über Feminismus in Marokko.

Es ist tragisch: Dass der Europarat heute ein „Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ hat, ist auch den Frauen in der Türkei zu verdanken. Das Übereinkommen heißt im allgemeinen Sprachgebrauch „Istanbul-Konvention“. Und dennoch ist die Türkei vor zwei Jahren aus der Istanbul-Konvention ausgetreten – während Männer im Land im Schnitt jeden Tag einen Femizid begehen.

Um zu verstehen, wie das passieren konnte, lohnt sich ein Blick auf die Geschichte der Konvention. Die Türkei war 2011 Erstunterzeichnerin und hatte sogar erreicht, die Unterzeichnung in Istanbul stattfinden zu lassen. Das war kein Zufall. Denn einer der Gründe für das Zustandekommen des Übereinkommens war ein Fall aus der Türkei.

Am 9. Juni 2009 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Fall Nahide Akgün. Seit den 1990er Jahren hatte sie, damals noch mit Nachnamen Opuz, immer wieder Anzeige gegen ihren Mann erstattet – insgesamt 36-mal. Trotzdem war Akgün weiter seiner systematischen Gewalt ausgesetzt. Hüseyin Opuz bedrohte sie mit dem Tod, fuhr sie mit seinem Auto an, stach auf sie ein. Nur zweimal wurde er zu vergleichsweise geringen Strafen verurteilt. Mehrfach wurden die Anzeigen wegen Mangels an Beweisen fallengelassen. 2002 beschloss Akgüns Mutter Minteha Beybur, mit ihr nach Izmir umzuziehen. Doch Hüseyin Opuz verfolgte den Möbeltransporter und erschoss Beybur auf dem Beifahrersitz.

Im Jahr 2008 wurde Hüseyin Opuz zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt. Doch das Gericht reduzierte seine Strafe auf 15 Jahre und 10 Monate sowie eine Geldstrafe von 180 Lira. Der Grund: Opuz' Handeln sei das „Resultat von Provokation“ gewesen, zudem habe er vor Gericht gute Führung gezeigt. Wegen der bereits in Untersuchungshaft verbrachten Zeit und seiner eingelegten Berufung wurde Opuz auf freien Fuß gesetzt.

Der türkische Staat hatte Akgün nicht ausreichend geschützt. Zu diesem Schluss kam der EGMR und sprach damit erstmals einen Staat schuldig, und zwar wegen mangelnden Einsatzes zur Eindämmung häuslicher Gewalt. Ebenfalls zum allerersten Mal urteilte der Gerichtshof, dass geschlechtsspezifische Gewalt gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Form von Diskriminierung ist. Die türkische Regierung musste Nadihe Akgün 36.500 Euro zahlen.

Dieses Urteil sorgte für Aufruhr. Wenig verwunderlich, dass der Türkei daran gelegen war, sich im eigenen Land wie auch international wieder in ein positiveres Licht zu rücken. Doch eine echte Umsetzung des Gewaltschutzes hat es nie gegeben. Das zeigt schon die Anzahl der Femizide im Land – also der Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. Einzig und allein im Unterzeichnungsjahr 2011 ging die Zahl zurück.

So lückenhaft der Schutz auch war: Ohne ihn nimmt die Gewalt noch viel rapider zu. Im Jahr des Austritts 2021 wurden nach Angaben der Plattform „Wir werden Femizide stoppen“ 280 Frauen von Männern ermordet. Bei weiteren 271 Todesfälle stand der Verdacht im Raum, dass es sich um Femizide handelte – etwa, wenn Frauen während eines Streits mit dem Partner angeblich „plötzlich“ vom Balkon gesprungen sein sollen.

Nur ein Jahr später waren es bereits 334 Femizide und 245 Verdachtsfälle. Viele dieser ermordeten Frauen wurden von ihren Partnern in ihrem Zuhause getötet, obwohl sie zuvor versucht hatten, Schutz zu bekommen. All diesen Realitäten zum Trotz erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan: „Unser Kampf gegen Gewalt an Frauen hat nicht mit der Istanbul-Konvention angefangen und endet auch nicht mit dem Rückzug aus dieser Konvention.“

Der Istanbul-Konvention beizutreten war vor allem ein symbolischer Akt. Und so war der Austritt letztlich nur konsequent. Erdoğan gibt inzwischen wenig auf die Zustimmung der Menschen. Immerhin waren 84 Prozent der Bevölkerung gegen den Rückzug aus dem Übereinkommen, darunter auch viele konservative Frauen.

Wichtiger ist der Regierung offenbar der Schulterchluss mit radikalen religiösen und auch nationalistischen Kräften, für die die Gleichberechtigung von Frauen vor allem eine Bedrohung der traditionellen Familie bedeutet. Und nicht zuletzt war der Schritt für Erdoğan eine weitere Machtdemonstration gegenüber einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Der türkische Rückzug aus dem Übereinkommen wurde von vielen Demonstrationen flankiert. Die Plattform „Wir werden Femizide stoppen“ stellt klar: „Wir kämpfen für eine Zukunft, in der die Gewalt nicht zunimmt, sondern verschwunden sein wird und in der Frauen frei leben können. Wir werden die Istanbul-Konvention Wirklichkeit werden lassen.“ Doch angesichts der bestehenden Machtverhältnisse ist diese Zukunft in weiter Ferne. Die kommende Präsidentschaftswahl ist somit auch eine über die Rechte von Frauen.



Seit dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention steigt die Zahl der Femizide im Land wieder deutlich an

**Anti**  
**ANTIFEMINISMUS**

Gegen Antifeminismus

Feminismus hat viel erreicht – und viele Feinde. Ob im Iran oder überall sonst auf der Welt. Unsere **Frauentags-Sonderausgabe** am 7. März widmet sich ganz dem Thema **Antifeminismus**.

Erhältlich am Kiosk oder noch besser im Miniabo: 10 Wochen taz digital + 10 x die gedruckte wochentaz für insgesamt nur 15 Euro, davon gehen 5 Euro an die feministischen Aktivist:innen von **6rang.org\***

Jetzt taz lesen!

\* Das Abo endet automatisch.

# Ins Gegenteil verkehrt

Susan Faludi analysierte schon 1991 in ihrem Buch „Backlash“ antifeministische Strukturen in den USA. Ihre Angebote sind gerade in Krisenzeiten attraktiv

Von Waltraud Schwab

**A**ntifeminismus ist keine Erfindung von heute. Sobald Frauen mehr Rechte einforderten, gab es Gegenbewegungen. Etwa während der französischen Revolution, der Suffragettenbewegung oder den 80ern des letzten Jahrhunderts.

Auch haben Frauen das System Antifeminismus schon früher analysiert. Eine von ihnen ist die Pulitzerpreisträgerin Susan Faludi. 1991 wurde ihr Buch „Backlash“, also Rückschlag, veröffentlicht. Darin untersucht sie die US-amerikanische Politik, Gesellschaft und Kultur im Hinblick darauf, wie feministische Erfolge ins Gegenteil verkehrt werden. Das Buch stand ein Jahr lang unangefochten auf den US-amerikanischen Bestsellerlisten.

## Ein Backlash ist mehr als Vergeltung. Er wirft die ganze Gesellschaft zurück

Auf Deutsch trägt es den Titel: „Die Männer schlagen zurück“. Dieser impliziert, dass Frauen zuerst zugeschlagen hätten. Die Befreiung der Frau, so wird insinuiert, sei ein Akt der Aggression gegen Männer. Ein Backlash ist aber mehr als Vergeltung, er wirft die ganze Gesellschaft zurück.

Schon der deutsche Buchtitel ist ein Beispiel für die subtilen Strukturen und Taktiken des Antifeminismus, wie Faludi sie analysiert: Den Gleichheitsanspruch der Frauen ins Gegenteil verkehren, ihn nicht ernst nehmen, falsche Korrelationen herstellen, darin einen Angriff sehen, das sind, so Faludi, antifeministische Vorgehensweisen. Dabei ist die Aggression doch, dass Frauen über Jahrhunderte gleiche Rechte vorenthalten werden.

Die Unterzeile des Buches ist nicht besser. Im Original heißt es: „The undeclared war against American women“. Und in der um-

gedeuteten Übersetzung: „Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können.“

Sieg, Niederlage – klar, vor 40 Jahren wurde die feministische Bewegung als Geschlechterkampf verstanden. Aber feministische Errungenschaften „verwandeln“ sich nicht in Niederlagen, es ist keine Magie im Spiel. Vielmehr wird feministisches Denken durch die Kultur des Patriarchats, die sich bis heute durch die Gesellschaft zieht, zunichte gemacht – so Faludis Analyse.

Tricks, mit denen Feminismus diffamiert wird, bestehen, meint Faludi, auch darin, patriarchal gefärbten Erhebungen einen neutralen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Oder darin, Feminismus umzukehren, indem gesagt werde, Frauen seien doch emanzipiert und hätten alle Möglichkeiten, da bedürfe es keiner weiteren politischen Intervention für Gleichheit.

Rollenbilder seien eigentlich fluide konservative und neurechte Politik, und nicht nur sie, orientierten sich jedoch an alten Zuschreibungen, die sie als State of the Art begreifen würden. Und die Medien und die Kultur machten sich dabei zu Steigbügelhaltern. Der Backlash sei keine konspirative Verschwörung, die von oben gesteuert werde, schreibt Faludi. Auch seien sich jene, die antifeministische Theorien verbreiten, dessen nicht immer bewusst. Meistens gehe das diffus und chamäleonhaft vonstatten, die antifeministischen Codes seien im Denken internalisiert.

Heute ist Faludis Buch schwer zu lesen, da es sich in Detailfülle auf den US-amerikanischen Mainstream vor allem der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bezieht, der mittlerweile eher wenig zugänglich ist. Ihre Analyse der subtilen Umkehr feministischer Errungenschaften aber hat weiter Gültigkeit. Nur deshalb werden Meinungen wie die, dass die Emanzipationsbewegung Mädchen heute aggressiver mache, oder dass die vielen Lehrerinnen schuld am schlechteren Abschneiden von Jungs in der Schule seien, wie Tatsachen gehandelt. Ein Artikel, der am 7. Februar 2023 in der *Neuen Zürcher Zeitung* stand, zeigt die von Faludi untersuchten subtilen Umkehrungsmechanismen en détail: „Je freier



Ein Pro-Choice-Frauenmarsch in Washington 1989  
Foto: Barbara Alper/Getty

Frauen bei der Partnerwahl werden, desto mehr Männer bleiben allein. Ist daran unsere Biologie schuld?“ lautet die Überschrift. Im Klartext: Frauenbefreiung macht mehr Männer zu Singles. Das Wort „schuld“ wird benutzt. Im Text geht die negative Wertung der Frauenemanzipation noch weiter, denn in biologistischer Camouflage, die evolutionäre Zusammenhänge aus dem Tierreich auf die Gegenwart überträgt, werden vermeintlich wissenschaftliche Begründungen für das Dilemma der Männer geliefert. Die blieben

bei der Partnerwahl vermehrt auf der Strecke, wenn Frauen selbstbewusster und ökonomisch unabhängiger werden. Sexuell unerfüllte Männer aber seien potenzielle Gefährder. Fazit: Frauenemanzipation ist schlecht für Männer und Gesellschaft.

Der Artikel, der 32 Jahre nach dem Erscheinen von „Backlash“ veröffentlicht wurde, bedient, was Faludi anprangert. Sie hat das Handwerkszeug gezeigt, mit dem solche Texte decodiert werden können. Wir sollten es nutzen.

## „Nach und nach radikalere Positionen“

Mareike Fenja Bauer forscht zu politischen Influencerinnen auf Tiktok

Interview Dinah Riese

**taz: Frau Bauer, Sie forschen zu antifeministischen Influencerinnen auf Tiktok. Wenn ich mir das Profil einer solchen Person anschau: Was sehe ich da?**

**Mareike Fenja Bauer:** Das kann sehr unterschiedlich sein. Ein typisches Beispiel wäre: Die Person filmt sich beim Kochen. Sie ist, mit einem schicken Kleid zurechtgemacht, in der Küche und suggeriert, dass sie hier Einblicke in ihr privates Alltagsleben erlaubt – dabei ist alles hochgradig inszeniert. In der Beschreibung des Posts steht so etwas wie: „Hey, ich bin total gerne Hausfrau und Mutter!“ Das allein wäre noch

nicht unbedingt antifeministisch. Aber dazu kommen subtilere Elemente, etwa ein Hashtag wie #FemininityNotFeminism oder #TradWife. Im Ganzen betrachtet vermittelt der Post ein traditionelles Frauenbild und suggeriert, Weiblichkeit stehe im Gegensatz zu Feminismus.

**Wer ist die Zielgruppe?**

Tiktok wird vor allem von jungen Leuten bis 25 Jahre genutzt und ist besonders beliebt bei Frauen. Erreicht werden sollen junge Frauen, die sonst gar nicht unbedingt an rechten oder reaktionären Botschaften interessiert wären. Viele antifeministische Influencerinnen versu-

chen auf subtile Art, ihr Publikum mit ihrem Weltbild zu prägen. Es ist eine Art Türöffner, und der Algorithmus spielt ihnen in die Hände.

**Inwiefern?**

Wenn ich auf Tiktok ein paar solcher Accounts folge, dann rutschen mir automatisch immer mehr davon in den Feed. Nach und nach kommen dann auch Profile mit radikaleren Positionen rein. Die Influencerinnen nutzen die Funktionsweise von Tiktok. Sie gehen auf aktuelle Trends ein wie das Zeigen der angeblich persönlichen Morgenroutine, beliebte Hashtags oder Filter, und der politische Moment passiert versteckt. Es

wird Lifestyle vermarktet – aber der trägt eine politische Message.

**Sind das Einzelpersonen?**

Wir reden über eine Szene mit einer klaren Agenda, die aber oft nicht offengelegt wird. In vielen Profilen ist zum Beispiel nicht ersichtlich, wenn die Inhaber\*innen in rechten Organisationen aktiv sind. Es gibt ganz klare Überschneidungen – ideologisch wie auch personell – mit Pick-up-Artists oder Maskulinisten, aber auch mit organisierten Rechten und extremen Rechten. Die AfD und ihre Jugendorganisation Junge Alternative sind zum Beispiel sehr aktiv auf Tiktok.



Mareike Fenja Bauer promoviert an der European New School of Digital Studies zu antifeministischen Influencerinnen.  
Foto: Philipp Plum

Anzeige

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**  
Ausgewählte Publikationen

Gisela Zimmer  
**Femizide in Deutschland – (k)ein Einzelfall**  
Fakten und Hintergründe zur Gewalt gegen Frauen



44 Seiten  
Broschur  
Dezember 2022  
ISBN 978-3-948250-54-6

Download und Bestellung unter:  
[www.rosalux.de/publikation/id/49596](http://www.rosalux.de/publikation/id/49596)

Lisa Heizmann, Anna Gräser  
**Nein heißt Nein – Ja heißt Ja**  
Zustimmung beim Sex



Bildung leicht gemacht – Broschüre in leichter Sprache, 30 Seiten  
Broschur, Dezember 2022  
ISBN 978-3-948250-56-0

Download unter:  
[www.rosalux.de/publikation/id/49585](http://www.rosalux.de/publikation/id/49585)

**Weitere Publikationen unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)**

**Leitfaden zum Umgang mit Fällen sexistischer Gewalt**  
Eine Erfahrung aus dem Baskenland



20 Seiten, Broschur  
Juni 2022

Download und Bestellung unter:  
[www.rosalux.de/publikation/id/46664](http://www.rosalux.de/publikation/id/46664)

**Leitfaden zum Umgang mit Fällen sexistischer Gewalt**  
Eine Erfahrung aus Argentinien



12 Seiten, Broschur  
Juni 2022

Download und Bestellung unter:  
[www.rosalux.de/publikation/id/46653](http://www.rosalux.de/publikation/id/46653)



Empowernde Stimmung bei den Bruisers: Rachel Schneider (links) und Mitch Pfeifer beim Training

## Schneller Konter gegen Hass

Mehrere große Sportverbände haben jüngst trans Frauen aus dem Frauensport ausgeschlossen. Doch es gibt Widerstand: Bei den Berlin Bruisers spielen Flinta in einer offiziellen Frauenliga Rugby

Von **Alina Schwermer** (Text) und **Doro Zinn** (Foto)

**D**ass Mitch Pfeifer an einem Tag im August erstmals beim Rugbytraining der Berlin Bruisers landet, ist Zufall: Ein Mitglied des neuen Flinta\*-Teams lud Pfeifer ein. Flinta steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen. Das Team, im Frühjahr 2022 gegründet, ist das erste deutsche Flinta\*-Rugbyteam überhaupt. Mitch Pfeifer ist nicht-binär, ist also weder männlich noch weiblich, und nutzt das Pronomen they. „Teamsport fand ich immer eher einschüchternd. Ich dachte, ich kann das nicht und habe nicht den richtigen Körper dazu.“ Ein Flinta\*-Team aber findet they „mega cool“, die Stimmung „voll empowernd“. Nicht unbedingt der Sprachduktus, der sonst in Sportklubs herrscht. Die Bruisers sind die Nische der Nische. Sie wollen Sportkultur anders denken.

„Bei uns im Team wird man die ganze Zeit angefeuert und voll unterstützt“, erzählt Pfeifer. „Mein Trainer im Tennis hat uns angeschnauzt. Das gibt es bei uns nicht. Es gibt keine Körpernormen oder Ideen, wie man sein soll.“ Mitch Pfeifer fühlte sich sofort angenommen. Das Team trägt Flinta nicht nur im Namen, es seien tatsächlich alle Identitäten des Kürzels vertreten.

Seit Herbst spielen die Berlin Bruisers der Regionalliga Nordost, einer offiziellen Frauenliga. Probleme wie Proteste durch andere Vereine gibt es laut Team keine.

Die Bruisers sind ein Projekt zu einer Zeit, in der das Pendel nicht nur im Rugby in die Gegenrichtung schlägt. Es gibt kaum eine Sportart, in der nicht über Körper von inter Personen, hyperandrogynen und trans Frauen diskutiert wird. Es geht um vermeintliche und faktische Vorteile etwa durch Körpergröße und Testosteronwerte. Oft ohne valide Studien – und ohne ein real existierendes Problem: In Wettbewerben sind etwa trans Frauen im Gegenteil stark unterrepräsentiert. Bei der Diskussion handelt es sich um eine sexistische Kontinuität. Seit Beginn des Verbandssports haben Männer solche Frauen, die ihnen als zu „männlich“ galten, von Frauenwettbewerben ausgeschlossen. Verbandssport ist Hüter eines radikal binären Systems. Frauen gelten ihm seit jeher als das unterlegene Geschlecht, das geschützt werden müsse – vor „Männern in Frauenkleidern“.

Diese Kontinuität verbindet sich mit einem transfeindlichen gesellschaftlichen Backlash. Mehrere Weltverbände haben 2022 Verbote beschlossen: Der

Weltschwimmverband Fina, mittlerweile World Aquatics, verbietet trans Frauen die Teilnahme, sofern sie die Geschlechtsangleichung nicht vor der Pubertät vorgenommen haben. World Rugby schließt seit 2022 trans Frauen komplett aus wegen vorgegeblicher Verletzungsgefahr für cis Frauen, obwohl keine Verletzungsfälle bekannt sind.

**„Bei uns gibt keine Körpernormen oder Ideen, wie man sein soll“**

Mitch Pfeifer, Rugbyspieler\*in

Rachel Schneider, Gründerin des Flinta\*-Teams der Bruisers, sieht sich im Widerstand zur Regel. Ein Turnier in England, das trans Frauen ausschloss, haben die Berlin Bruisers abgesagt. Sie vernetzen sich, lobbyieren, informieren. Dabei will Schneider das Team nicht als Reaktion auf das Verbot verstanden wissen, eher als proaktives Schaffen eines Raums. „Die meisten Ausschlüsse passieren in England, Wales, Schottland und Irland“, sagt sie. „Es gibt aktuell viel Transphobie in Großbritannien, und das ist in

den Sport geraten. Aber in anderen Rugbyländern sehen wir das nicht.“ In Deutschland gab es vor allem von Frauen großen Protest gegen die Transfeindlichkeit. Sie drängten den männerdominierten Verband DRV, sich kritisch zu positionieren. „Rugby der Frauen war immer ein sehr queerer Ort“, sagt Schneider.

Mitch Pfeifer sagt: „Rugby ist in Deutschland eine Mini-Sportart, deshalb kann man ein bisschen mehr machen, was man will.“ So reagierten die anderen Ligateams freundschaftlich und interessiert auf die Bruisers. Nur mit den Schiris, erzählt Schneider, gebe es manchmal Diskussionen, wenn es zu Ansprachen wie „Hey Mädels“ käme. „Aber generell ist die Erfahrung echt positiv.“

Schwimmen ist vielleicht das Gegenteil von Rugby: olympische Kernsportart und deutscher Massensport, organisiert von oft verkrusteten, männerdominierten Vereinen. Der Deutsche Schwimm-Verband (DSV) steckt in der Krise, auch wegen sexualisierter Gewalt. Bei der Abstimmung zum Transverbot enthielt man sich. Auf den Fragenkatalog der taz antwortet der DSV: „Der Meinungsbildungsprozess im Vorstand samt Austausch mit internen und externen Expert\*innen“ dauere an. Es

folgt ein nichtssagendes Sowohl-als-auch: „Chancengleichheit ist schließlich ein existenzieller Grundwert des Sportwettkampfs. Unabhängig davon wird geschlechtliche Vielfalt durch und bei uns im Verband aber willkommen geheißen.“ Seit 2020 könne man sich als divers registrieren lassen.

Auch im Schwimmen gibt es durchaus spezielle Räume für trans und inter Personen, etwa beim Berliner Sportverein SV Seitenwechsel. Aber offenbar keinen breiten Protest, keine Flinta\*-Wettkampfteams. Laut DSV gab es im Wettkampfsport keinen gemeldeten Bedarf für eine Einzelfallprüfung. Die große Sorge von Aktivist:innen ist stets, dass das Feuer überspringe und andere Verbände nachziehen. Klubs wie die Bruisers wollen helfen, bestehende Verbote rückgängig zu machen. Derzeit planen sie ein eigenes Flinta\*-Turnier und einen offenen Brief an den englischen Rugby-Verband RFU, in dem sie fordern, das Verbot aufzuheben und gemeinsam mit Betroffenen eine inklusive Regelung durch die Polizei zu finden. Bei ihnen gilt: in erster Linie Spaß haben. Und in zweiter Linie etwas bewirken. „Es gibt ein politisches Klima, in dem man kämpfen muss“, sagt Mitch Pfeifer. „Das ist natürlich scheiße. Aber uns ist klar, dass wir das machen wollen.“

## Was tun bei Trans\*feindlichkeit?

Trans\*feindlichkeit kann quasi überall passieren. Fünf Handreichungen für den Alltag

Von **Robin Ivy Osterkamp**

### Am Frühstückstisch

Wenn Trans\*feindlichkeit auftritt, sollten das auch cis Menschen benennen und trans\* Personen unterstützen. Auch wenn keine trans\* Personen anwesend sind, ist es wichtig, falsche Namen und Pronomen zu korrigieren und sich für Menschenrechte und geschlechtliche Selbstbestimmung einzusetzen.

Diese Aufgaben dürfen nicht allein an Menschen hängen, die Trans\*feindlichkeit erfahren. Gerade im persönlichen Umfeld ist für trans\* Personen Selbstreflexion darüber zentral, wann genug Energie für eine Auseinandersetzung da ist und wann diese eher belastend und nicht zielführend ist.

### Im Internet

Trans\*feindliche Kommentare auf Social-Media-Plattformen werden

genutzt, um trans\* Personen sowie deren Unterstützer\*innen in verletzende Diskussionen zu verwickeln. Dabei geht es nicht um den Dialog, sondern um die Verbreitung von diskriminierenden Inhalten.

Entscheidend ist, gezielt auf Kommentare zu reagieren, bei denen ein ehrliches Interesse besteht, und Personen mit wenig Vorwissen über Fehlinformationen aufzuklären. Positive Social-Media-Posts und unterstützende Kommentare können helfen, das Thema neu zu besetzen.

### In Medien

Wenn ein trans\*feindlicher Beitrag in den Medien auffällt, ist es sinnvoll, diesen nicht per Link, sondern als PDF oder Screenshot zu versenden. Hohe Klickzahlen bestärken Redaktionen, erneut trans\*feindliche Inhalte zu verfassen. Für cis Men-

schen ist es wichtig zuzuhören, wenn trans\* Personen Inhalte als trans\*feindlich kritisieren. Mit Leser\*innenbriefen kann Kritik an dem Artikel zum Ausdruck gebracht werden. In schwerwiegenden Fällen kann gegebenenfalls auch Beschwerde beim Presserat eingereicht werden.

### Auf der Arbeit

Die Intervention bei trans\*feindlichen Aussagen oder Verhaltensweisen im Arbeitskontext ist oft ausschlaggebend, wie trans\* Personen das Betriebsklima wahrnehmen. Trans\* Kolleg\*innen sollten von unterschiedlichen Anlaufstellen wie dem Betriebsrat, Gleichstellungs- und Diversitätsbeauftragten unterstützt werden. Expertise von außen entlastet trans\* Personen im Betrieb bei der Sensibilisierung des Arbeitsumfelds.

### Auf der Straße

Auf der Straße ist es eine besondere Herausforderung, Trans\*feindlichkeit gut zu begegnen. Cis Verbündete sollten auf trans\* Personen, die beleidigt oder physisch angegriffen werden, zugehen und Unterstützung anbieten. Die Polizei sollte außer in akuten Situationen nicht ohne Einverständnis der gewaltbetroffenen Person kontaktiert werden. Falls die Polizei gerufen wird, kann der trans\* Person Beistand geleistet werden, um gegebenenfalls auf Diskriminierung durch die Polizei zu reagieren. Manche Städte haben dafür LSBTI-Ansprechpersonen bei der Polizei.

**Robin Ivy Osterkamp** ist im Vorstand des Bundesverbands Trans\* e. V. und in der Landeskoordination für den Bereich trans\* im Queeren Netzwerk Niedersachsen e. V. zuständig.